
DEUTSCHER BUNDESTAG

Parlamentarischer Staatssekretär

Im Bundesministerium der Finanzen

Hartmut Koschyk

**Deutsche Erfahrungen der Teilung und
Einheit und deren Vermittlung
für eine vereinte Zukunft
auf der koreanischen Halbinsel**

WISSENSCHAFTLICHE AUSARBEITUNG

Berlin, Februar 2011

vorgelegt von:

Alexander Nelson

geboren am 27.09.1983

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel	5
2.1. Historie des Korea-Konflikts	5
2.2. Status Quo des Korea-Konflikts	10
2.2.1. Nordkorea	11
2.2.2. Südkorea	12
2.2.3. Russland	13
2.2.4. China	13
2.2.5. USA	14
2.2.6. Japan	14
3. Geteiltes Deutschland – Vereintes Deutschland	15
3.1. Die Deutsche Teilung	15
3.2. Prozess der deutschen Wiedervereinigung	19
3.2.1. Deutsche Demokratische Republik	19
3.2.2. Bundesrepublik Deutschland	20
3.2.3. Die Sowjetunion	21
3.2.4. USA	22
3.2.5. Frankreich	22
3.2.6. Großbritannien	23
3.3. Vollzug der Wiedervereinigung	23

4. Schlichtungstheorien der Mediation	24
4.1. Mediationstheorien	25
4.2. Das Harvard-Konzept.....	28
4.3. Deutsche Teilung und Wiedervereinigung nach den Grundsätzen der Mediation.....	31
4.3.1. Identifizierung der Interessengruppen.....	32
4.3.2. Ein neues Mediationsmodell auf Basis der deutschen Wiedervereinigung.....	36
4.3.3. Dr. Helmut Kohl und der Zehn-Punkte-Plan.....	39
4.3.4. Analogien zwischen Deutschland damals und Korea heute	40
5. Anwendung des neuen Mediationsmodells auf Korea	42
5.1. Kernpunkte der Koreafrage	42
5.2. Ermittlung der Verhandlungsbereitschaft in der Koreafrage	46
5.3. Ein geeigneter Mediator für Korea.....	46
5.4. Zusammenfassung der Ergebnisse	47
6. Schlussbetrachtung	49
7. Abbildungsverzeichnis	52
8. Tabellenverzeichnis	53
9. Literaturverzeichnis	54

1. Einleitung

Korea wurde seit Anfang des 19. Jahrhunderts durch die umliegenden Besatzungsmächte Russland, China und Japan entscheidend geprägt. Nach Beendigung des Koreakrieges 1953 baute sich durch den Kalten Krieg und dem damit verbundenen Einzug der Vereinigten Staaten (USA) ein Spannungsfeld zwischen den entstandenen Ländern Nordkorea und Südkorea auf.¹ Die beiden Großmächte Russland und die USA hielten dabei durch ihre wirtschaftliche und militärische Unterstützung der jeweiligen besetzten Länder an ihren territorialen Grenzen entlang des 38. Breitengrads fest. In Südkorea wurde die im Koreakrieg entstandene Armut und Zerstörung durch eine intensive Wirtschaftspolitik mit dem Westen schnell ausgeräumt.² Der Norden hingegen blieb durch den kommunistischen Einfluss Russlands beinahe unverändert.

Der Zerfall der Sowjetunion 1991 und die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 weckten neue Zuversicht bei der koreanischen Bevölkerung und regten gleichzeitig internationales Interesse für eine Wiedervereinigung des geteilten Koreas. Die entstandene friedliche Koexistenz führte soweit, dass beide Länder neue Friedensverträge abschlossen und Verhandlungen mit den vier Großmächten Japan, China, den Vereinigten Staaten und Russland zustimmten. Der Weg zur Einheit schien absehbar. Diese Hoffnung zerfiel jedoch im März 2010 durch die Versenkung der Fregatte Cheonan und der daraus resultierenden Unterbrechung der Sechs-Parteien-Gespräche. Ein weiterer militärischer Zwischenfall auf der Insel Yeonpyeong im November 2010 ließ ein Fortführen der Verhandlungen zwischen den sechs Ländern bis dato scheitern. Die Vorfälle zogen weltweite Aufmerksamkeit auf sich und ließen neue Hypothesen und Theorien über die Hintergründe und die Entwicklungstendenz Koreas entstehen.³

Der sich über die Jahre hinweg aufbauende Konflikt hat durch die Vielzahl der beteiligten Parteien sowie deren opponierenden Absichten eine Eigendynamik entwickelt, aus der es nahezu unmöglich erscheint, eine einvernehmliche Lösung zu finden.⁴ Gegenwärtig erarbeitete Resolutionstheorien sind durch ihre stark spezifizierte und wissenschaftliche Ausrichtung in der Praxis aufgrund ihrer Abundanz und Volatilität der zu beachtenden Faktoren unwirksam. Zu den wichtigsten Determinanten zählen unter anderem die Vernachlässigung der historisch-politischen Einflüsse, die adäquate Einschätzung aktueller

¹ Vgl. Byun-Brenk & Won-Lim (2005), S. 10-20ff.

² Vgl. Kwang-deok (2010), S. 6-7ff.

³ Zu nennen ist vor allem die seit 2009 im Mittelpunkt stehende Nachfolgefrage von Kim Jong Il, die insbesondere in Südkorea für Nervosität sorgte. Vgl. Geonwoo (2007), S. 1-7ff.

⁴ Vgl. Yeo Min Il (2007), S. 14ff.

Geschehnisse, sprachliche Disparitäten und der daraus einhergehende Kommunikationsmangel,⁵ wirtschafts-politisch motivierte Interessen der beteiligten Großmächte⁶ sowie aus der Historie gewachsene Emotionen als auch abweichende Erwartungen⁷.

Dies verdeutlicht, dass ein Konzept zur Lösungsfindung, welches sich lediglich auf einzelne Faktoren beschränkt bzw. dem eine einseitige Betrachtung zugrunde liegt, in der realen Anwendbarkeit versagt. Gleichermaßen ist ein Lösungsansatz, welcher die Vollständigkeit aller Determinanten unterstellt, unrealistisch. Vor diesem Hintergrund stellt sich folgende Forschungsfrage:

Worin bestehen die Kernelemente der „Koreafrage“ und in wieweit kann der Praxisvergleich zur deutschen Vergangenheit in Verbindung mit Modellen der Mediationstheorie helfen, diese zu definieren?

Für die Beantwortung dieser Forschungsfrage ist die Bereitstellung eines Bezugsrahmens auf Grundlage eines theoretischen Ansatzes erforderlich. Zudem muss eine Parallele zwischen dem eigentlichen Konflikt in Korea zu einem bereits gelösten Fallbeispiel gezogen werden, um daraus Empfehlungen für eine mögliche Schlichtung des Konflikts abzuleiten.⁸

Zunächst erfolgt die Darstellung des Objektbereichs des Koreakonflikts in Kapitel 2. Ausgehend von einer kurzen Einführung in die Historie des Konflikts, wird im Detail auf die beteiligten Länder Nordkorea, Südkorea, Russland, China, USA und Japan eingegangen. Kapitel 3 ist der Geschichte der deutschen Teilung und Wiedervereinigung aufgrund zahlreicher Parallelen zur Situation in Korea gewidmet. Hier liegt ebenfalls der Fokus auf der Beschreibung der am Prozess beteiligten Staaten DDR, BRD, Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien. Darüber hinaus wird eingehend Bezug zur vollzogenen deutschen Wiedervereinigung genommen. Im Anschluss werden als theoretisches Konzept die Schlichtungstheorien der Mediation herangezogen. An dieser Stelle werden die grundlegenden Bestimmungen begrifflicher Aussagen anhand einer umfassenden Literaturanalyse dargestellt. Im Rahmen der theoretischen Fundierung wird

⁵ Vgl. Geonwoo (2007).

⁶ Vgl. Glaubitz (1997).

⁷ „Nach dem Ende des Kalten Krieges ging die politikwissenschaftliche Forschung mehrheitlich mit einem bevorstehenden Zusammenbruch der DVRK aus und befasste sich Mitte der 1990er Jahre eingehend mit den Möglichkeiten einer koreanischen Wiedervereinigung durch Absorption.“ Vgl. Yeo Min Il (2007), S. 13ff.

⁸ Vgl. Lanz, Wählich & Kirchhoff (2008).

die allgemeine Mediationstheorie vorgestellt – Kapitel 4 –. In diesem Zusammenhang hat sich das Harvard-Konzept basierend auf Theorien der Mediation ausgezeichnet, da es mit empirisch erprobten Modellen die Konflikte in seine Grundbestandteile untergliedert und im Konsens aller Beteiligten löst.⁹ Darauf aufbauend werden die charakterisierten Mediationsansätze mit den Erfahrungen der deutschen Teilung und Wiedervereinigung zusammengeführt und eruiert. Schwerpunkt der Ausarbeitung bildet die Entwicklung eines neuen Mediationsmodells auf Grundlage der deutschen Wiedervereinigung sowie des Zehn-Punkte-Plans von Dr. Helmut Kohl. Dies dient dazu, die für den Koreakonflikt relevanten Strukturen der Mediationstheorie zu erkennen und anzuwenden. Zusammenführend werden die Analogien zwischen Deutschland damals und Korea heute herausgestellt. Im anschließenden Kapitel 5 werden die Kernpunkte der Koreafrage erneut aufgeworfen, um die Anwendung des entworfenen Mediationsmodells auf die Koreafrage zu überprüfen. Die anschließende zusammenfassende Betrachtung der wesentlichen Ergebnisse soll dazu beitragen, das allgemeine Verständnis des Koreakonflikts zu verbessern. Die zu Beginn erwähnte Forschungsfrage wird beantwortet. Die Arbeit schließt mit einer Rekapitulation der zentralen Entwicklungsschritte dieser Arbeit – Kapitel 6 –.

2. Der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel

Die gesellschaftliche Auseinanderentwicklung auf der koreanischen Halbinsel fand ihre Ursprünge schon vor den machtpolitischen Ägiden der Weltmächte nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Demnach dient die Entstehungsgeschichte des Koreakonflikts als Grundlage für die vorliegende Arbeit. In Hinblick drauf ist das Ziel dieses Kapitels, die Entstehungsgeschichte kurz aufzuzeichnen und im Anschluss die aktuellen Standpunkte des Konfliktes zu elaborieren. Die Notwendigkeit einer systematischen Erfassung der relevanten historischen Punkte, sowie die Beschreibung der beteiligten Länder liegt darin begründet, ein Grundgerüst zu bilden, um diese letztlich mit dem theoretischen Kern der Mediation nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte in Kapitel 5 zusammenzuführen.

2.1. Historie des Korea-Konflikts

Die koreanische Halbinsel, die seit Bestehen der Ch'ing Dynastie einen sprachlich und ethnisch einheitlichen Staat bildete,¹⁰ geriet durch die geostrategische Lage seit 668 n. Chr.

⁹ Vgl. Walz (1959), in: Kleiboer (1998), S. 29-78ff.

¹⁰ Das heutige Korea entstand zur Zeit der Ch'ing Dynastie und wurde ab dieser Zeit, ab 668 n. Chr. Chosón genannt.

in den Mittelpunkt außenpolitischer Interessen der Länder China und Japan. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts entwickelte die unter chinesischer Führung stehende Chosòn Region – das heutige Korea – erste Handelsbeziehungen zu Japan. Doch ein Defensivabkommen zwischen Russland und Korea stellte 1876 das koreanisch-japanische Verhältnis erstmals unter Spannungen¹¹ und provozierte eine allmähliche Aufrüstung der beiden rivalisierenden Länder. Dazu kommt, dass die zunehmende Präsenz russischer Truppen in Korea¹² im Angesicht Großbritanniens eine Bedrohung darstellte. Daraufhin entschieden sich die Briten 1885 für eine Präventivbesetzung der koreanischen Insel Kómundo.¹³

Die Niederlage der Volksrepublik China im Krieg gegen Japan und dem daraus resultierenden Rückzug der Chinesen aus Chosón 1895, überlies Korea der russisch-japanischen Orlog. Durch ein Defensivbündnis zwischen den Japanern und Großbritannien 1902, erfuhr Russland schließlich die militärische Niederlage und wurde bis 1905 durch die Unterzeichnung eines obligatorischen Friedensvertrags¹⁴ jeglicher wirtschaftlicher, militärischer und politischer Ansprüche in Chosón ausgeschlossen.¹⁵ Im gleichen Jahr, am 17. November 1905, unterwarf sich Korea einem formellen Protektoratsverhältnis zu Japan und verlor dadurch endgültig seine Unabhängigkeit.¹⁶ Als Japan 1918 nach Ende des Ersten Weltkrieges nicht bereit war, dem durch den US-amerikanischen Präsidenten Wilson in Versailles ausgerufenen Selbstbestimmungsrecht Folge zu leisten, verblieb Korea mit dem Status eines durch Japan annektierten Landes.¹⁷ Erst mit Ende des Zweiten Weltkrieges und der bedingungslosen Kapitulation Japans am 10. August 1945, gelang es, die japanische Gewaltherrschaft auf der koreanischen Halbinsel zu beenden.

Der Keim der aktuellen Koreakrise entstand mit der Ratifizierung des Selbstbestimmungsrechts in der Atlantik-Charta¹⁸ vom 14. August 1941. Darauf aufbauend verkündeten Präsident Roosevelt Churchill und Generalissimus Chiang Kai-shek am 1. Dezember 1943: „Die drei Großmächte sind sich der Versklavung des koreanischen Volkes wohl bewusst und entschlossen, dass zu gegebener Zeit Korea frei und unabhängig

¹¹ Vgl. Hacker (1988), S. 17- 32ff.

¹² Als dort ein Bürgerkrieg ausbrach, rief Chosón Russland zu Hilfe. Mit dem Einmarsch russischer Truppen begann die Zeit der Besatzungsmächte in Korea. Vgl. Byun-Brenk (2005), S. 10-17ff.

¹³ Großbritannien besetzte eine Insel von Chosón namens Kómundo unter dem Vorwand einer Präventivbesetzung. Vgl. Byun-Brenk (2005), S. 10-17ff.

¹⁴ Der Friedensvertrag von Portsmouth entstand am 5. September 1905. Vgl. Hacker (1988), S. 18ff.

¹⁵ Vgl. Hacker (1988), S. 17- 32ff.

¹⁶ Strupp (1910). S. 139-144ff, 151-154ff.

¹⁷ Vgl. Hacker (1988), S. 18ff.

¹⁸ Nachdem President Roosevelt und Premierminister Churchill in der Atlantik-Charta das Selbstbestimmungsrecht der Völker bestätigt hatten, begann die jüngste Geschichte Koreas. Vgl. Hacker (1988), S. 18ff.

sein soll.“¹⁹ Während den Verhandlungen zwischen Russland, den USA und Großbritannien 1945 in Jalta,²⁰ forderte Generalissimus Stalin sein Mitspracherecht in der Fernostregulierung. Es entstand ein formloses Abkommen über die Unterstützung Koreas bei der Wiedervereinigung und der Entwicklung einer eigenen Regierung. Jedoch nutzte Stalin das ungenaue Abkommen und kommandierte russische Truppen in die Mandschurei, mit der Begründung, der Region bei der politischen Entwicklung zu assistieren.²¹ Als die amerikanische Regierung ihren Formfehler erkannte, nutzte diese ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss über Chiang Kai-Scheck,²² um eine bilaterale Kapitulation der Japaner bei den Russen durchzusetzen.²³ Russland willigte der endgültigen Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrades ein und führte Korea in die machtpolitische Fehde des Kalten Krieges.²⁴

Ende Dezember 1945 einigte sich der Rat der Außenminister²⁵ in der Moskauer Konferenz, Korea bei der Regierungsbildung durch eine Treuhänderschaft zu unterstützen. Daraufaufbauend sollte Korea nach fünf Jahren eine demokratische Selbstverwaltung bilden und seine Unabhängigkeit erlangen. Da das mündliche Abkommen ausdrücklich von einer Demokratisierung Koreas sprach, waren die Westmächte davon überzeugt, dass das demokratische System auf der Halbinsel erfolgreich eingeführt werden würde. Doch aufgrund der wiederholten fehlenden Präzision, konnte Stalin erneut seine Eigeninterpretation des Abkommens definieren. Demnach bestand die Treuhänderschaft aus sowjetischer Sicht in der Erstellung eines anti-demokratischen kommunistischen Regimes. Die politischen Differenzen führten zu einer 18 Monate langen Debatte zwischen den USA und der UDSSR, bis die USA sich dazu entschlossen, den Konflikt am 17. September 1947 an die Vereinten Nationen (UNO) weiter zu leiten. Im Folgenden beschloss die Vollversammlung am 14. November desselben Jahres, dass in Nord- und Südkorea freie Wahlen durchgeführt werden sollten. Für die Überwachung und

¹⁹ Vgl. Europa-Archiv (1946/47), S. 404.

²⁰ Dies fand vom 4. bis 11. Februar 1945 zwischen Churchill, Roosevelt und Generalissimus Stalin statt. Vgl. Hacker (1988), S. 18ff./B36-37.

²¹ Das Abkommen ist auch bekannt als das Treffen der „Großen Drei“ und beinhaltete die Regulierung im Fernen Osten zwischen der UDSSR, England und den USA. Vgl. Alexander Fischer (1968), S. 196ff.

²² Durch die zunehmend autonome Haltung Chiang Kai-scheks gegenüber den Amerikanern, reagierten diese und ließen das kommunistische Mao-Tze-tung-Regime als politischen Gegenspieler zu Chiang Kai-schek in China wachsen. Daraus ergaben sich eine zunehmende Stärke Maos und die Konsequenz eines wachsenden Kontrollverlustes der USA in China. Vgl. Byun-Brenk (2005), S. 19ff.

²³ Vgl. Byun-Brenk (2005), S. 10-17ff.

²⁴ Vgl. Hacker (1988), S. 17- 32ff./B36-37.

²⁵ Der Rat der Außenminister entstand während der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Der Rat wird auch oft als die „Großen Drei“ bezeichnet. Er bestand aus Generalissimus Joseph Stalin, US Präsident Harry S. Truman und Winston Churchill. Vgl. Hacker (1988), S.20- 21ff./B36-37.

Durchführung der demokratischen Wahlen wurde von der UNO eine Sonderkommission zusammengestellt. Die demokratischen Wahlen in Südkorea fanden schließlich am 15. August 1948 statt, mit dem Ergebnis, dass Rhee Syng Man als neuer Präsident Südkoreas aufgestellt wurde. Mit diesem demokratischen Erfolg überließen die USA offiziell ihre Hoheitsrechte der neuen südkoreanischen Regierung und proklamierten die „Demokratische Republik Korea“ als einen unabhängigen Staat. Rhee Syng Mans autoritäre Politik verhinderte jedoch eine zügige Demokratisierung Südkoreas. Demgegenüber verliefen die nordkoreanischen Wahlen am 25. August 1948 nach kommunistischen Prinzipien und wurden von den Vereinten Nationen nicht als demokratisch anerkannt. Dennoch wurde am 9. September die Führung der neuen „Demokratischen Volksrepublik Korea“ unter Kim Il Sung offiziell ausgerufen und die russische Treuhänderschaft beendet.²⁶ Hinzuzufügen ist, dass Kim Il Sung als Vertreter des chinesisch imperialistischen Kommunismus geprägt war und gegen andere kommunistische Parteien, wie zum Beispiel die der Sowjetunion, konkurrierte.²⁷

Am Ende des Jahres 1948 verließen die russischen und amerikanischen Besatzungstruppen abrupt die koreanische Halbinsel und hinterließen zwei kontroverse und rivalisierende Systeme. Während in Südkorea erneut ein militärisches Vakuum entstand, ließen die Sowjets gut ausgebildete und ausgerüstete nordkoreanische Militärtruppen zurück. Es war eine Frage der Zeit, bis das Ungleichgewicht zwischen den beiden Ländern zu einem neuen Konflikt führte. Folglich griffen am 25. Juni 1950 nordkoreanische Truppen die südkoreanische Seite an und leiteten den Koreakrieg ein. Das Vorgehen wurde von den Vereinten Nationen scharf verurteilt und führte am 7. Oktober 1950 zu einer durch die UNO autorisierten und von den USA geleiteten Militäroffensive. Aufgrund der chinesisch-militärischen Unterstützung Nordkoreas, wurde der Koreakrieg erst am 27. Juli 1953 beendet. Die Erfahrungen des Krieges hatten die Bevölkerung demoralisiert und leicht zugänglich für eine Indoktrinierung gemacht. Der von Mao unterstützte Kim Il Song konnte seine Juch- Ideologie schnell profilieren und führte seine Politik nach streng chinesisch kommunistischem Vorbild ein. Bis 1971 versuchte Kim Il Sung mehrfach die koreanische Halbinsel mit militärischer Gewalt zusammenzuführen. Er provozierte

²⁶ Vgl. Hacker (1988), S. 20-22ff./B36-37.

²⁷ Vgl. Kang (2005).

stattdessen den Ausbau der physikalischen Grenzbefestigung und beseitigte die damit verbundene Hoffnung einer Wiedervereinigung.²⁸

Erst durch die von Präsident Park Chung Hee²⁹ eingeführte Politik des „friedlichen Wettbewerbes“ gelang es 1971 mit Hilfe des Roten Kreuzes bilaterale Verhandlungen mit Nordkorea zu führen.³⁰ Obwohl beide Seiten sehr unterschiedliche Vorstellungen eines gemeinsamen Koreas in ihren Verfassungen³¹ beschreiben, waren sie sich über eine vereinte Zukunft einig.

Als Folge des tödlichen Attentats auf Präsident Park 1979, wurde das südkoreanische Volk einer erneuten kurzzeitigen Militärregierung unter General Chun Doo Hwan ausgesetzt. Nach der darauffolgenden Präsidentschaft durch Roh Tae Woo³² gelang es mit Kim Young Sam 1993 auf Grundlage der reformierten Verfassung erstmals wieder, einen zivilen Präsidenten zu designieren. Die endgültige Demokratie in Südkorea wurde mit der gewaltfreien Regierungsübergabe an die Oppositionspartei³³ anerkannt.³⁴

Letztlich gelang es Kim Il Song bis Anfang der 60er Jahre alle konkurrierenden Parteisysteme zu eliminieren und im Anschluss die Inszenierung seiner Juch- Ideologie auszuführen.³⁵ Das nordkoreanische Volk verinnerlichte diesen Glauben und lebt bis heute nach den konstatierten Lebensvorgaben. Kim Jong Il wurde schon früh an das Volk herangeführt und ebenfalls in das nordkoreanische Volk indoktriniert. Nach dem Tod seines Vaters Kim Il Song im Jahr 1994, übernahm er 1998 die Führung der DVRK und setzte die Ideologie fort. Im Herbst 2008 erlitt Kim Jong Il einen Schlaganfall. Seither wird über eine Nachfolge durch seinen Sohn Kim Jong-Un spekuliert.

²⁸ „Die Grenze zwischen Nord- und Südkorea wurde in einem Ausmaß geschlossen, wie es – mit Ausnahme von Teilen der arabisch-israelischen Grenze – nirgendwo auf der Welt Parallelen gibt. Alle Formen der Kommunikation – wie Reise-, Post-, und Telefonverkehr – wurden unterbunden.“ Vgl. Hacker (1988), S.21ff./B36-37.

²⁹ Präsident Park Chung Hee gelang es nach einem Staatsstreich im Juli 1961 die südkoreanische Regierung zu stürzen und bei Neuwahlen 1963 die Präsidentschaft in Südkorea anzunehmen. Es war seine Politik, die Südkorea einen enormen Wirtschaftsaufschwung gab und zu einem Industrieland entwickeln ließ.

³⁰ Es war das erste bilaterale Treffen zwischen Nord- und Südkorea, das realisiert wurde. Vgl. Hacker (1988), S. 22-23ff./B36-37.

³¹ Die Verfassung Südkoreas vom 27. Dezember 1972 bestimmt, dass die „nationale Konferenz für Wiedervereinigung“ die „friedliche Vereinigung des Vaterlandes“ anstreben sollte. Text des Kap. III der Verfassung vom 27. Dezember 1972, in Korean Unification (anm. 25), Dok. 206. Gemäß Art. 2 heißt es: „ Die Demokratische Koreanische Volksrepublik basiert auf der politischen-ideologischen Einheit des ganzen Volkes. Vgl. Brunner & Meissner (1980), S. 312.

³² Die neue Verfassung Südkoreas wurde 1987 erlassen.

³³ Die erste gewaltfreie Präsidentschaftsübergabe an eine Oppositionspartei gelang 1998 an Kim Dae Jung und anschließend an Roh Moo Hyun 2003.

³⁴ Vgl. Yeo (2007), S. 20-24ff.

³⁵ Hier sind besonders die in den letzten Jahren erschienen Dokumentarfilme über Nordkorea, in denen die Ideologie in Museen durch elegierte Touristenführer präsentiert wird, hervorzuheben. Mit übernatürlichen Fähigkeiten, Volksnähe und Barmherzigkeit werden sowohl Kim Il Sung wie auch Kim Jong Il dargestellt.

Zusammenfassend zeigt die Geschichte Koreas, dass der Konflikt eine fassettenreiche und komplexe Vergangenheit hat. Das Bewusstsein der heutigen Generationen in ganz Korea ist geprägt von Teilung, Angst und Hoffnung. Im nächsten Kapitel wird der aktuelle Stand bezüglich der Situation auf der koreanischen Halbinsel erläuternd dargestellt.

2.2. Status Quo des Korea-Konflikts

Die aktuelle Situation des Korea-Konflikts ist durch die Wechselwirkung vergangener politischer Leitlinien geprägt, auf die im Folgenden kurz eingegangen wird. Demnach lassen sich insgesamt drei unterschiedliche innenpolitische Leitlinien in Nordkorea definieren. Die „revolutionäre“ Linie untersagte jegliche Form der Kontaktaufnahme mit Südkorea. Diese wurde durch die strenge antikommunistische Kampagne des Pak-Regimes³⁶ in Südkorea intensiviert.³⁷ Die „kooperative“ Linie, die insbesondere Ende der 70er Jahre stattfand, bezog sich auf eine kommunikative Verhandlungspolitik, bei der Süd- und Nordkorea sich im Dialog annäherten. Exogene Faktoren, wie die chinesisch-amerikanische Annäherungspolitik, förderten die diplomatischen Beziehungen in Korea. Zahlreiche innerpolitische Schwankungen, Regierungswechsel und Probleme bei der politischen Umsetzung der Demokratie in Südkorea, verunsicherten Nordkorea und generierten die dritte Linie, die sog. „schein-kooperative“. Wiederholte Verhandlungsversuche seitens Südkoreas mit dem Norden wurden nach einer von Nordkorea inszenierten Akzeptanz nicht weiter beachtet oder durch provokative Handlungen unterbrochen.³⁸ Bis heute dominiert die „Scheinpolitik“ Nordkoreas außenpolitische Handlungen und verursacht bei allen Beteiligten Spannungen. Letztlich konnte in den vergangenen zehn Jahren eine leichte Stabilisierung durch Chinas diplomatische Bemühungen erreicht werden.³⁹

Dennoch hat sich die Koreakrise in den letzten zwei Jahrzehnten von einem intranationalen zu einem internationalen Konflikt zwischen den USA, China, Nordkorea und Südkorea entwickelt.⁴⁰ So wird auch zunehmend darauf hingewiesen, dass die Lösung des Konfliktes in den diplomatischen Händen Chinas und der Rückzugsbereitschaft der US-

³⁶ Die Form der politischen Haltung war zur Zeit des Koreakrieges besonders intensiv (1950-1953) und hielt bis Mitte 1960 an. Vgl. Grabowsky (1987), S. 19-21ff.

³⁷ Vgl. Glaubitz (1997).

³⁸ Vgl. Grabowsky (1987), S. 19-22ff.

³⁹ Vgl. Glaubitz (1997).

⁴⁰ Vgl. Kim (1989), S. 55-57ff.

amerikanischen Streitkräfte liegt.⁴¹ In Anlehnung daran werden in den anschließenden Punkten die einzelnen Länder unter den Aspekten der Krise beschrieben.

2.2.1. Nordkorea

Die aktuelle Lage Nordkoreas kann nur aus externer Perspektive, auf Grundlage von Erfahrungs-, und Medienberichte, wiedergegeben werden, da die DVRK durch ihr autarkes Bestehen nur geringfügige Einblicke zulässt.

Die Wirtschaftslage hat sich seit den schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Krisen der 90er Jahren nicht verbessert.⁴² Die Volkswirtschaft leidet noch immer unter der sozialistisch- kommunistisch geführten Planwirtschaft. Ferner blockieren zahlreiche Embargos den Außenhandel.⁴³ Nur durch Hilfsgüter konnte ein Weiterbestehen Nordkoreas und seiner Bevölkerung gesichert werden.⁴⁴ Eine innenpolitische Umstrukturierung Anfang der 90er Jahre setzte das Militär in eine zentralpolitische Position, um die Kontrolle über das Land und die Bevölkerung zu verstärken. Demnach wurde die Einführung des Atomprogramms schnell als außenpolitisches Druckmittel und Schutzargument entdeckt⁴⁵ und verschaffte darüber hinaus dem Regime bis heute außenpolitischen Respekt, aus Furcht vor einem atomaren Angriff.⁴⁶ Divisen, Investitions- und Konsumgüter sind kaum vorhanden und eine starke Inflationsrate hat den sehr eingeschränkten Außenhandel zusätzlich belastet.⁴⁷ Darüber hinaus lassen die heutigen hohen Ausgaben für Militär und Rüstung⁴⁸ kaum Kapital für infrastrukturelle oder industrielle Investitionen übrig. Der Entzug von Kommunikation und Massenmedien ist noch immer existent und hindert die Aufklärung der Bevölkerung.

Ob der revolutionäre Gedanke der kommunistischen Arbeiterpartei sich noch immer mit der Pflicht sieht, Südkorea in eine kommunistische Einheit zu zwingen,⁴⁹ ist nicht ersichtlich. Aus diesem Grund kann die durch die nordkoreanische Regierung

⁴¹ Vgl. Reinbold & Berger (2010); Tidten & Armbrüster (2010).

⁴² Die Flutkatastrophen 1997 und 2001 verursachten schwerwiegende Verluste im Primären Sektor. Dieser Sektor, der auch Urproduktion genannt wird, steht für die Produktion von Rohstoffen für Produkte. Hierzu zählen u.a. die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft oder der Fischfang. Die Fluten bewirkten folgenschwere Hungersnöte, deren Auswirkungen bis heute zu beobachten sind. Zudem fielen durch die Fluten zahlreiche Kohlekraftwerke aus und unterbrachen die private und industrielle Energieversorgung längerfristig.

⁴³ Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion verlor Nordkorea seinen wichtigsten Wirtschaftspartner. 1990 sank das Außenhandelsvolumen um 50% innerhalb des Jahres. Vgl. Moon (1998), S. 180ff.

⁴⁴ Vgl. Nato (2010).

⁴⁵ Vgl. Nato (2010).

⁴⁶ Vgl. Nato & Dumbaugh (2010).

⁴⁷ Vgl. Auswärtiges Amt (2010).

⁴⁸ Schätzungsweise über 25% des nordkoreanischen Bruttosozialproduktes werden jährlich für das Militär ausgegeben. Vgl. Taylor (2007), S. 47-49ff.

⁴⁹ Vgl. Grabowsky (1987), S. 19-22ff.

ausgesprochene Absicht der Wiedervereinigung nicht eindeutig definiert werden.⁵⁰ Fakt ist, dass die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche, die durch die beiden militärischen Zwischenfälle im gelben Meer im Jahr 2010⁵¹ unterbrochenen wurden, von Nordkorea gewünscht wird.

2.2.2. Südkorea

Das ursprüngliche Ziel der südkoreanischen Regierung lag darin, eine permanente Entspannungspolitik zu fördern. Demnach gilt der Industriepark Kaesong als ein Zeichen der Kooperation mit dem Norden. Auch war es dem Land von großer Bedeutung, den erreichten Fortschritt der Kooperation zu erhalten.⁵² Aktuell lassen sich neue Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik erkennen. Der ehemals bekräftigte Wille für eine schnelle Absorption⁵³ Nordkoreas, hat seit den gewonnenen Erkenntnissen über die beträchtlichen Kosten der deutschen Wiedervereinigung, mit denen Südkorea konfrontiert wäre, nachgelassen. Das ist ein signifikanter Faktor, der in den heute globalisierten und fragilen Finanzmärkten zu berücksichtigen ist und Südkoreas Besorgnis über eine plötzlich zwingende Wiedervereinigung erklärt.⁵⁴ Auch die Befürchtung vor einer überraschenden Fluchtwelle⁵⁵ haben dazu geführt, dass Südkorea sich zunehmend von einer schnellen Wiedervereinigung abwendete.⁵⁶ Sollte es zu einem Zusammenbruch des Nordens kommen, kann in Südkorea die Verfassung mit Art. 4 (VdRK) geltend gemacht werden und eine Absorption unwiderruflich durch die südkoreanische Bevölkerung gefordert werden. Die wirtschaftlichen Folgen würden die starke Weltmarktposition Südkoreas gefährden. Dieser Ansichtswandel ist eine mögliche Ursache für die starke Verzögerung der Wiederaufnahme der Sechser-Gespräche, sowie für eine Stagnation der bilateralen

⁵⁰ Aus Sicht der europäischen und chinesischen Presse sind große Bemühungen für eine Wiedervereinigung seitens Nordkoreas ersichtlich.

⁵¹ Eine südkoreanische Fregatte (Cheonan) wurde an der umstrittenen Seegrenze zwischen Nord- und Südkorea am 26. März versenkt. Bis heute ist nicht klar definiert, wer für den durch ein Torpedo verursachten Untergang verantwortlich ist. Vgl. Mommsen (2010). Ein weiterer Zwischenfall, am 23. November 2010, bei dem die Insel Yeonpyeong von nordkoreanischen Artilleriegeschossen getroffen wurde, setzten den Verhandlungssintensionen zu. Auch gibt es zahlreiche gegensätzliche Meinungen, bei denen nicht zu erkennen ist, ob Nordkorea offensiv oder defensiv gehandelt hatte.

⁵² Vgl. Schneppen (2007), S. 157-162ff.

⁵³ Die Wiedervereinigung durch Absorption ist einer der Szenarien, die auf Grundlage des totalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs Nordkoreas basiert. Vgl. Yeo Min Il (2007), S. 37-40ff.

⁵⁴ Vgl. Ministry of Unification (2007).

⁵⁵ Für den Fall einer Fluchtwelle oder den Zusammenbruch des Staates, soll es seitens der Regierung Notfallpläne geben (Chungmu 3300 & Chungmu 9000). Vgl. Yeo Min Il (2007), S. 73-75ff.

⁵⁶ Vgl. Gay (2004), S. 9-11ff.

Verhandlungen über eine Wiedervereinigung.⁵⁷ Stattdessen richtet sich aktuell der Fokus auf das Nuklearprogramm Nordkoreas und die eigene expansive Wirtschaftspolitik.⁵⁸

2.2.3. Russland

Russland verlor seinen Einfluss auf Nordkorea spätestens nach dem Zerfall der Sowjetunion. Während der Sechs-Parteien-Gespräche wurde deutlich, dass Russland in Nordkorea auch aus sicherheitstechnischer Perspektive keine Bedrohung sieht, jedoch an einer friedlichen Wiedervereinigung zu einem neutralen Korea aus wirtschaftlicher Sicht jederzeit interessiert ist. Zudem befürwortet Moskau einen zu gegebener Zeit veranlassten Abzug US-amerikanischer Truppen aus der südkoreanischen Region. Aus diesem Grund kommt Russland keine marginale Bedeutung in den diplomatischen Friedensverhandlungen des Koreakonflikts zu.⁵⁹ Ergänzend ist zu erwähnen, dass einige Analysten der russischen Teilnahme an den Konfliktverhandlungen Koreas, nur eine beratende Funktion in technischen Fragen zur nuklearen Abrüstung zukommen lassen.⁶⁰

2.2.4. China

Den Chinesen wird aktuell eine zentrale Rolle in der Koreafrage zugesprochen. Das Land hat nicht nur durch zahlreiche bilaterale Fördermaßnahmen die Existenz Nordkoreas über die letzten zehn Jahr gesichert, sondern ist darüber hinaus mit diplomatischer Vorgehensweise um die Lösung des Konfliktes bemüht.

Auch wenn die Verflechtung Nordkoreas mit China⁶¹ gelegentlich zu Differenzen zwischen den USA und China geführt hat,⁶² hat sich China mit der Implementierung der Sechser-Gespräche und den ausdrücklichen Bemühungen, deeskalierend auf die Krise einzuwirken,⁶³ eindrucksvoll als diplomatischer Partner in der Koreafrage herauskristallisiert. Infolgedessen wird China als einer der wichtigsten Verhandlungsteilnehmer deklariert, dessen prinzipielles Interesse an Nordkorea aus zwei

⁵⁷ Am 10. Februar 2011 scheiterte das bilaterale Vorbereitungstreffen zwischen Nord- und Südkorea in der entmilitarisierten Zone. Die Südkoreaner erwarteten von Nordkorea die Verantwortung für die beiden militärischen Zwischenfälle des letzten Jahres (2010) zu übernehmen. Die DVRK dementiert jedoch jegliche Verantwortung mit dem Cheonan Untergang und bleibt bei dem Standpunkt, dass der Artilleriebeschuss der Insel Yeonpyeong eine Defensive war. Aus diesem Grund wurden die Verhandlungen unterbrochen.

⁵⁸ Südkorea weitet zunehmend seine wirtschaftlichen Abkommen im südamerikanischen und südafrikanischen Raum aus. Vgl. Westall (2010).

⁵⁹ Vgl. Joo & Kwak (2007), S. 133- 155ff.

⁶⁰ Vgl. The White House (2010).

⁶¹ Seit 2008 ist China der wichtigste Hilfsgüterlieferant Nordkoreas und hat somit den größten Einfluss auf Nordkorea. Vgl. Nato (2010).

⁶² Vgl. Nato (2010).

⁶³ Vgl. Spiegel Online (November 2010); Reinbold & Berger (2010).

Aspekten besteht. Der wichtigste Punkt ist die Sicherheit der Grenzregionen. China wird jede Art von Bedrohung in Form einer Massenflucht, Protestbewegungen oder einer direkten militärischen Präsenz durch Westmächte verhindern.⁶⁴ Darauf aufbauend ergibt sich der zweite Aspekt, dem in diesem Zusammenhang eine ebenfalls große Signifikanz zugesprochen wird. Demnach liegt Chinas Absicht darin, eine Konsolidierung Koreas zu einem politisch neutralen Land zu unterstützen.⁶⁵

2.2.5. USA

Die USA sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges der engste Verbündete Südkoreas und können darüber hinaus als die einflussreichste Regionalmacht im nordasiatischen Raum charakterisiert werden. Südkorea ist für die USA eine der wirtschaftlich-, militärisch und strategisch wichtigsten Position im asiatischen Gebiet. Der Stationierung US-amerikanischer Truppen würde nach einer Wiedervereinigung keine Notwendigkeit mehr zugesprochen werden, sodass dies ein anschließender Abzug der USA bedeuten würde.⁶⁶ Damit würde ein wichtiger Arbeitgeber der US-Armee wegfallen, sodass mit weiteren wirtschaftlichen Konsequenzen für das ohnehin geschwächte Land zu rechnen wäre.⁶⁷ Daraus lässt sich begründen, warum die USA ihre in Südkorea stationierte Armee als notwendigen Stabilisator für die Region bezeichnet. Hilfslieferungen an Nordkorea bilden ein weiteres Argument für ihre Anwesenheit in der Region.⁶⁸ Des Weiteren trifft die militärische Haltung und Kampfbereitschaft Amerikas in den asiatischen Teilnehmerstaaten der Sechser-Verhandlungen, Japan, China und Nordkorea zunehmend auf Kritik.

2.2.6. Japan

Für beide Teile Koreas bestehen aufgrund der militärischen Vergangenheit mit Japan, Aversionen gegen den Inselstaat. Japan zeigt sich weiterhin uneinsichtig und fördert das gestörte Verhältnis durch undiplomatische Äußerungen.⁶⁹ Die gewonnen Wahlen der Demokratischen Partei Japans im September 2009 zeichnen zwar einen historisch-politischen Wandel aus, jedoch hat sich an den außenpolitischen Beziehungen zu Korea

⁶⁴ Vgl. Glaubitz (1997), S. 54-64ff.

⁶⁵ Damit wird auf die zahlreichen US- Stützpunkte und Truppen in Südkorea Bezug genommen.

⁶⁶ Der Großteil der Kosten für US- Truppen werden von südkoreanischen Steuergeldern gedeckt. Eine Wiedervereinigung würde Einsparungen der Militärausgaben zur Folge haben, um die Kosten der Wiedervereinigung zu bewältigen. Vgl. Kim & Lee (2002).

⁶⁷ Vgl. Yeo (2007), S. 157-159ff.

⁶⁸ Im Jahr 2008 haben die USA rund 106,00 Millionen US\$ für Nahrungsmittel und 199,70 Millionen US\$ für Treibstoff, als Hilfsgüter nach Nordkorea geschickt. Vgl. Manyin & Nikitin (2008).

⁶⁹ Vgl. Glaubitz (1997), S. 54-64ff.

kaum etwas geändert. Auch die Beziehung zwischen den USA und Japan ist noch nicht hundertprozentig ausgeglichen und wird durch diplomatische Rückschläge zeitweise wieder gestört.⁷⁰

Raketenversuche Nordkoreas seit Mitte der 90er Jahre zwischen der japanischen Insel und dem nordkoreanischen Festland haben überdies die defensive Haltung zu Nordkorea gefestigt. Der Wirtschaftsaufschwung in Südkorea verstärkte hingegen ihr Konkurrenzverhalten zu Südkorea. Ein wiedervereinigtes Korea, so fürchten die Japaner, könnte für Japan zu einer wirtschaftlichen und militärischen Bedrohung für den Inselstaat werden.⁷¹ Japan ist aus diesen Gründen gegen eine Wiedervereinigung zwischen Nord- und Südkorea.

3. Geteiltes Deutschland – Vereintes Deutschland

Die deutsche Teilung, ihre Hintergründe und der Verlauf bis zur Wiedervereinigung zeigen viele Parallelen zur geteilten Situation auf der koreanischen Halbinsel. Ungeachtet dessen gibt es auch Gründe, die gegen einen Vergleich mit der deutschen Teilungsgeschichte und der Wiedervereinigung sprechen. Ziel dieses Kapitels ist es, ein analytisches Grundgerüst für die spätere Anwendung der Mediationstheorie im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte zu erarbeiten. Dies dient als Grundlage, um im späteren Verlauf der Arbeit, auf Basis der Analogien zwischen der deutschen und der koreanischen Geschichte, mögliche Empfehlungen für eine Schlichtung des Koreakonflikts abzuleiten. Dabei ist es unabdingbar, die deutschen Erfahrungen der Teilung transparent darzustellen. Darauf aufbauend dienen die folgenden Seiten einer Präzisierung des Prozesses der deutschen Wiedervereinigung. Um ein einheitliches Verständnis bereitzustellen, wird abschließend auf die beteiligten Länder eingegangen.

3.1. Die Deutsche Teilung

Gemäß des Londoner Protokolls von 1944 entschlossen sich die vier Siegermächte Frankreich, UdSSR, USA und Großbritannien die administrative Regierungsgewalt in Deutschland unter sich aufzuteilen und zu übernehmen. Die Berliner Viermächteerklärung⁷² und die Konferenz von Jalta regelten die Teilungsabkommen

⁷⁰ Im Oktober 2008 wurde Nordkorea von den USA unter Georg W. Bush von der Liste terroristischer Länder entfernt. Im Gegenzug erhielten die USA eine unvollständige Erklärung über Atomkraftanlagen von Nordkorea. Durch dieses Abkommen wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Japan in beträchtlicher Weise gestört. Vgl. Pritchard, Tilelli & Snyder (2010), S. 23-24ff.

⁷¹ Vgl. Pritchard; Tilelli & Snyder (2010), S. 23-24ff.

⁷² Diese fand am 05. Juni 1945 in Berlin statt.

formell und spalteten Deutschland und Berlin in die vier Besatzungszonen. Als übergreifendes Regierungsorgan wurde der Kontrollrat der Alliierten gegründet. Fortan wurden den deutschen Kernaufgaben, die sich in der Entnazifizierung und der Reeducation der deutschen Bevölkerung widerspiegelten, den größten Stellenwert zugesprochen. Dabei sollte Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden. Die Stabilisierung der Nachkriegsordnung durch Russland und Frankreich entzog Deutschland, aufgrund der Demontage und der hohen Reparationsanforderungen,⁷³ die letzten ökonomischen Reserven. Daneben entstanden starke Migrationsströme nach Deutschland und zwischen den vier Besatzungszonen.⁷⁴

Grundlegend für die Spaltung Deutschlands waren jedoch die unterschiedlichen politischen Grundsätze der Besatzungsmächte. Obgleich sich in den westdeutschen Gebieten ein pluralistisches Parteiensystem entwickelte, setzte sich in der kommunistischen Besatzungszone die Sozialistische Einheitspartei Deutschland (SED) durch.⁷⁵ Unter Berücksichtigung der zunehmenden Komplikationen wurde am 23. Mai 1949 die Deutsche Frage durch Konrad Adenauer in der Präambel des deutschen Grundgesetzes, als eine Permanenz für die Zukunft Deutschlands, gesichert. Die Sowjetunion zog sich nach dem Tod von Joseph Stalin am 05. März 1953, nach dem Verhandlungsbeginn der Großmächte als auch nach der Annerkennung der Souveränität der DDR durch die UdSSR am 26. März 1954 aus der ostdeutschen Politik⁷⁶ zurück und überließ dem SED-Regime die Regierungsvollmacht.⁷⁷ Die Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖSPL oder NÖS) zog jegliche wirtschaftlichen Entscheidungen in die politische Verantwortung der SED mit hinein.⁷⁸ Darüber hinaus bewirkte die zunehmende Verstaatlichung einen rapiden Abfall der Produktivität, woraufhin sich die gesamtwirtschaftliche Lage der DDR weiterhin verschlechterte. Zudem verlor die zu Beginn vom Konföderationsplan überzeugte SED-Führung Anfang der 60er Jahre ihr Interesse an einem deutsch-deutschen Bündnis. Ein Grund waren u.a. die anhaltenden Fluchtbewegungen, die die Wirtschaftspläne der SED zusätzlich gefährdeten.⁷⁹ In diesem

⁷³ Besonders problematisch waren die hohen Reparationsanforderungen Frankreichs und Russlands. Sie provozierten Unstimmigkeiten zwischen den vier Siegermächten.

⁷⁴ Die Migrationsströme bestanden aus Evakuierten und Flüchtlingen, sowie aus den Zurückkehrten und Vertriebenen.

⁷⁵ Die SED wurde am 21. und 22. April 1946 gegründet.

⁷⁶ Der Vertrag zum Verbot für Atomwaffentest zwischen Russland, USA und Großbritannien fand am 5. August 1963 in Moskau statt. Vgl. Kim (2007) S. 106-109ff.

⁷⁷ Vgl. Brock Haus (2010).

⁷⁸ NÖSPL wurde am 24. und 25. Juni 1963 verkündet.

⁷⁹ Darin lag auch der Grund für die endgültige Schließung der Berliner Mauer am 16. August 1961.

Zusammenhang wurde der Konföderationsgedanke in der DDR zum letzten Mal während der Neujahresrede 1966/67 von Ulbricht ausgesprochen.⁸⁰

Auch in der BRD minderten sich die innenpolitischen Bemühungen zunehmend und orientierten sich in den Jahren 1967 bis 1969 in eine europafreundliche Außenpolitik um. Die SED schuf daraufhin ihr eigenes Bild über die neue westdeutsche Außenpolitik und warf der BRD eine imperialistische Expansionspolitik vor, die das Ziel hatte, die DDR zu „eliminieren“. Die SED-Führung propagierte ein Bild des westdeutschen Revanchismus und nutzte auf diese Weise ihre politischen Ideologien zur Festigung der ostdeutschen Politik. Beide deutschen Republiken brachten letztlich das Verständnis dafür auf, dass ihre innenpolitischen Diskrepanzen sie in ihrer Außenpolitik enorm hemmten. Dies führte zu der beiderseitigen Einsicht, dass die angestrebte europäische Hegemonie nur auf Basis eines innenpolitischen Einklangs fortgeführt werden konnte.⁸¹ Am 19. März 1970 wurden durch das Treffen Willy Brandts und Willi Stophs in Erfurt die ersten deutsch-deutschen Gespräche geführt, die nach wiederholtem Treffen zu einem ersten Erfolg am 3. Mai 1971 führten. Ulbricht musste das Amt des ersten Sekretärs des ZKs und der SED ablegen und an Erich Honecker abgeben. Honecker intensivierte anschließend die Zwei-Nationen-Lehre und vertiefte die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ambitionen der SED. Nach mehr als sieben Begegnungen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph, rückte am 21. Dezember 1971, mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages durch Bundesminister Egon Bahr, und dem Beitritt beider deutschen Länder in die Vereinten Nationen (UNO) am 18. September 1973, der Weg zur deutschen Einheit in weite Ferne.⁸² Die endgültige Basis für zwei individuelle deutsche Staaten, die sich in ihren Gesellschaften, Systemen und Grundsätzen unterschieden,⁸³ wurde durch die Verfassungsreform der DDR am 7. Oktober 1974 formell festgelegt und international anerkannt. In der bis zu diesem Zeitpunkt widersprüchlichen ostdeutschen Verfassung wurden alle Verweise auf eine deutsche und einheitliche Nation entfernt.

Nichtsdestotrotz verteidigten Strauß und Goppel vor dem Bundesverfassungsgericht den Erhalt der Deutschen Frage durch eine im Grundgesetz festgelegte Normenkontrolle und setzten durch, dass die Verfassungsorgane Deutschlands weiterhin verpflichtet waren, nach

⁸⁰ Auszüge aus der Rede Walter Ulbrichts auf dem 5. Parteitag, in: Zwei deutsche Staaten, S. 178ff.

⁸¹ Vgl. Grabowsky (1987). S. 8-9ff.

⁸² Vgl. Bahr (1971).

⁸³ Deutschland erkannte die Souveränität der DDR an: Artikel 6: „Die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, dass die Hoheitsgewalt jedes der beiden deutschen Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten. Vgl. Grabowsky (1987), S. 10-11ff.

einer Deutschen Einheit zu streben. Somit wurde mit dem Karlsruher Urteil von 1973 die „Deutsche Frage“ in eine klare und eingeschränkte Formulierung neu verfasst.⁸⁴ Trotz weiterer Bemühungen der SED-Führung, der Deutschen Einheit entgegenzulenken, gelang es in den Folgejahren nicht, die Zwei-Nationen-Lehre in das Verständnis der ostdeutschen Bevölkerung vollständig zu festigen.⁸⁵ Stattdessen entwickelte sich eine stärker werdende Resistenz in der Bevölkerung, die schrittweise ihren Druck auf die Politik verstärkte. Der Wille zum Ausstieg der DDR- Bevölkerung aus den normierten und dogmatisierten Lebensverhältnissen, nahm Mitte der 70er Jahre weiter zu. Trotz verschärften Maßnahmen des Unterdrückungsapparates der Staatssicherheit (Stasi), gelang es den Menschen, sich bei der Regierung schrittweise durchzusetzen.⁸⁶ Zum 30. Jahrestag der DDR-Gründung⁸⁷ konnten in der Rede Erich Honeckers bereits erste neue politische Entwicklungstendenzen festgestellt werden. Der Begriff „Deutschland“ wurde immer gebräuchlicher und zahlreiche Veröffentlichungen ostdeutscher Historiker über das deutsche Kulturerbe und die Geschichte des gesamtdeutschen Raumes wurden präsenter.⁸⁸

Die SED wurde sich ihres Legitimationsverlusts gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung zunehmend bewusst und versuchte mit latenten repressiven Maßnahmen, das sich verschlechternde innenpolitische Klima zu optimieren. Die reformresistente SED- Führung hielt an ihrem aussichtslosen Machtkampf fest und verstärkte dadurch die Protestbewegungen. Währenddessen setzte sich in Russland Michael Gorbatschow, mit der Aufhebung des Breschnew-Doktrins und seiner Vaterland- Reform „Glasnost und Perestroika“, trotz starker Putsch-Gefahr durch Reformgegner, durch.⁸⁹ Gorbatschows Politik löste zum einen den Drang der Sowjetunion, Europa durch Rüstungsüberschuss aus US-amerikanischer Hand zu führen, aus. Zum andern verursachte sie den Zerfall der sozialistisch geführten Planwirtschaft im gesamten Comecon und damit zwangsläufig auch die Auflösung der DDR.⁹⁰

Der Abbau der ungarisch- österreichischen Grenze löste eine Fluchtwelle in Ostdeutschland aus und leitete das endgültige Ende der DDR ein. Die „Montags Demonstrationen“⁹¹ fanden immer größeren Zulauf und mobilisierten den Großteil der

⁸⁴ Vgl. Winkler (2004); Blumwitz (1985)

⁸⁵ Vgl. Grabowsky (1987), S. 14-15ff.

⁸⁶ Vgl. Brock Haus (2010).

⁸⁷ Am 7. Oktober 1979 feierte die DDR ihr 30- jähriges Bestehen. Vgl. Grabowsky (1987), S. 14-15ff.

⁸⁸ Vgl. Grabowsky (1987), S. 16-17ff.

⁸⁹ Vgl. Kohl (2010)

⁹⁰ Vgl. Weigel (2010)

⁹¹ Die erste große Montagsdemonstration fand in Leipzig am 09. Oktober 1989 mit etwa 70.000 Teilnehmern in Leipzig statt. Vgl. Brock Haus (2010)

ostdeutschen Bevölkerung. Das Regime der SED scheiterte zum Schluss am Freiheitswillen der Menschen in Ost-, sowie am Einheitswillen der Menschen im Westdeutschland. Am 18. Oktober 1989 erreichten die Bürger der DDR und der BRD letztlich durch ihre landesweiten Proteste den Rücktritt Honeckers. Infolgedessen konnte die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 09. November 1989 durchgesetzt werden.

3.2. Prozess der deutschen Wiedervereinigung

In diesem Kapitel wird der Prozess der deutschen Wiedervereinigung vor dem Hintergrund der beteiligten Länder kurz eruiert, um eine Grundlage für die in Kapitel 3.2 folgende Anwendung der Mediationsansätze auf Basis der Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung zu bilden.

Die Jahre 1989 und 1990 waren einerseits durch die vorhandene Volatilität in der weltpolitischen Landschaft stark geprägt. Darüber hinaus waren auf der anderen Seite die Meinungen zu einer deutschen Wiedervereinigung gespalten. Insbesondere im europäischen Raum bestand eine starke Meinungspolarisierung zur deutschen Einheit. Nach Gorbatschows Reformpolitik und dem Außerkraftsetzen der Breschnew-Doktrin, nach der durch den Zusammenbruch des Ostblocks verursachten extensiven Fluchtwelle aus der DDR und nach der anschließenden Bürgerbewegung, aus der die SED Regimekrise resultierte, wurde mit der Grenzöffnung der Weg in die Wiedervereinigung möglich.⁹² Demgegenüber spielten die Siegermächte USA und die Sowjetunion eine grundlegende Rolle im Prozess der deutsch-deutschen Einheit.⁹³ Von daher ist es von großer Bedeutung, die Aspekte der Wiedervereinigung unter ökonomischen, politischen und sozialen Gesichtspunkten der einzelnen Länder aufgegliedert zu betrachten. Auf diese Weise können die unterschiedlichen Positionen und Interessen jedes Einflussfaktors verdeutlicht werden.

3.2.1. Deutsche Demokratische Republik

In der ostdeutschen Bevölkerung begannen sich die Ambitionen zur Freiheit durch die politische und ökonomische Instabilität der DDR zu entwickeln. Währenddessen wurde die westdeutsche Intention zur Wiedervereinigung durch die Ost- West- Entspannungspolitik unterstützt. Nichtsdestotrotz reduzierte sich in beiden Ländern die Anzahl derer, die sich auf Grund der langen Trennungszeit mit der Teilung arrangierten. Zudem konnte der

⁹² Vgl. Brock Haus (2010).

⁹³ Vgl. Aretz (2010), S. 54- 56ff.

wachsende Widerstand aus der Bevölkerung der DDR als Motor für ein schnelles Ende des SED-Regimes bezeichnet werden.⁹⁴ Ungeachtet dessen insistierte die SED auf das politische Fortbestehen der sozialistischen Macht.⁹⁵

Die diametralen Auswirkungen zwischen Ost und West, geprägt durch Überfluss und Mangelgesellschaft, hatten eine exproportionale Divergenz in Deutschland geschaffen.⁹⁶ Dies wirkte sich auf Löhne, Inflationsrate, Sozialabsicherungen, sowie private und industrielle betriebswirtschaftliche Umsetzungsprozesse aus. Es musste ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden, um die wirtschaftliche Fusion der beiden Staaten zum Erfolg zu führen.

Nach 45 Jahren getrennten gesellschaftlichen Daseins, waren die im Anschluss benannten Gründe zunächst ein Hindernis für die gesamte deutsche Bevölkerung, die gegenseitige Integration zu realisieren. Systemspezifische Vorurteile und die gegenseitige Wahrnehmung waren durch die hoch kontroversen Erfahrungen stark beeinflusst und prägten die Menschen des jeweiligen Landes. So waren die Ostdeutschen durch die jahrelange Einwirkung der SED-Lesart davon überzeugt, dem westdeutschen Kapitalisten weit überlegen zu sein. Erst durch den Wiedervereinigungsprozess wurden der DDR die realen Gegebenheiten deutlich. Die daraus entstehende Offenheit für Informationen und Dogmen zur Aufklärung, verhinderten den vollkommenen kulturellen Schock.⁹⁷

3.2.2. Bundesrepublik Deutschland

Achtundzwanzig Jahre nach Bau der Berliner Mauer, am 9. November 1989, war das geteilte Deutschland durch den Abriss der physikalischen Trennkonstruktion und den über die Jahre hinweg festgehaltenen Kurs Adenauers bereit, sich für eine vereinte Zukunft vorzubereiten. Mit den gewonnen Bundeskanzlerwahlen der BRD 1982, nahm sich Dr. Helmut Kohl der Deutschen Frage unmittelbar an und richtete seine Deutschlandpolitik auf die Wiedervereinigung aus. Durch den Bezug auf die rechtliche Grundlage, der Präambel des Deutschen Grundgesetzes, verstärkte Kohl den normativen Abstand zur DDR und setzte bei der Bonner Oppositionspartei durch, dass die Deutsche Frage sowohl gesellschaftlich als auch rechtlich öffentlich zu betrachten sei. Zudem gliederte er seine deutsche Entspannungspolitik in die sich entwickelnde Europapolitik ein.⁹⁸ Gestützt von

⁹⁴ Vgl. Aretz (2010), S. 54- 57ff.

⁹⁵ Vgl. Aretz (2010), S. 54- 56ff.

⁹⁶ Vgl. Schröder (2010), S. 90- 92ff.

⁹⁷ Vgl. Schröder (2010), S. 88- 102ff.

⁹⁸ Vgl. Mayer (2010).

seinem außenpolitischen Berater Horst Teltschik, reagierte Kohl geradlinig und beugte sich nicht dem Unwillen der DDR-Führung und deren willkürlichen Erfordernissen. Seine Position für die Wiedervereinigung und die damit verbundenen Interessen setzte er durchgehend gegen die innenpolitischen und außenpolitischen Kräfte durch.⁹⁹ Seine neutrale Haltung bot ihm eine breite Unterstützungsbasis, um dem damaligen Bundeskanzler seine Interessen zu verdeutlichen und die Position zu halten. Dabei legte er großen Wert darauf, keine neuen Spannungen zwischen Ost und West zu provozieren, das doppeldeutsche Bewusstsein zu eliminieren, außenpolitischen Rückhalt zu bekommen¹⁰⁰ und ausschließlich eindeutige Richtungsvorgaben zu präsentieren.¹⁰¹

Wirtschaftlich bereitete Kohl sich auf die ökonomischen Herausforderungen der Wiedervereinigung¹⁰² durch ein aus Krediten und Haushaltsmitteln der BRD finanzierten Fond vor.¹⁰³ Demnach waren die Mittel in erster Linie für den Währungsumtausch und die Modernisierung der Infrastruktur bestimmt.¹⁰⁴

3.2.3. Die Sowjetunion

Kohl erkannte die Schlüsselrolle¹⁰⁵ Russlands im Prozess der Wiedervereinigung und suchte mit den Sowjets eine partielle aber kontinuierliche direkte Konsultation zu erreichen, um die gegenseitigen Interessen auszutauschen. Das sowjetisch-amerikanische IMF-Abkommen vom 8. Dezember 1987 war eines der Verdienste Kohls, die ihm den nötigen Respekt und das Vertrauen Gorbatschows verschafften. Zudem wusste Kohl Russlands wirtschaftlich prekäre Lage zu nutzen und das ökonomische Interesse der Sowjets zu relativieren. Durch Soforthilfen unterstützte Deutschland die Russen materiell zum Beispiel durch Nahrungsmittellieferungen oder die Finanzierung der Abzugskosten der sowjetischen Truppen aus der DDR.¹⁰⁶

Gesellschaftlich bedurfte es eines intensiven Informationsaustausches in Russland, um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Abgabe der DDR zu gewinnen. Die Bilder von offiziösen und kolportierten deutschen Feinden waren noch tief im Geist der russischen Bevölkerung gefestigt und hinderten sie daran, Verständnis für Gorbatschows neue

⁹⁹ Vgl. Kohl (2010); Aretz (2010); Koschyk (2005).

¹⁰⁰ Vgl. Brock Haus (2010).

¹⁰¹ Vgl. Kohl (2010).

¹⁰² Bis Ende 2009 durften sich die Vereinigungskosten auf geschätzte 1,6 Billionen Euro belaufen. Vgl. Schröder (2010) S. 94-95ff.

¹⁰³ Dies ist auch unter der Bezeichnung Solidarpakt I bekannt.

¹⁰⁴ Vgl. Schröder (2010), S. 93-96ff.

¹⁰⁵ Vgl. Aretz (2010), S.54-55ff.; Mayer & Haarmann (2010), S. 64-65ff.

¹⁰⁶ Von daher musste Kohl das über die Jahre entstandene Misstrauen der UDSSR beseitigen und neues Vertrauen schöpfen. Vgl. Aretz (2010), S. 55-56 ff.

Außenpolitik zu finden. Aufklärungskompanien sollten das falsche Bild Deutschlands relativieren und die Rahmenbedingungen für ein widerspruchsfreies Image schaffen.¹⁰⁷ Dieses Umdenken sollte zudem den Russen die unberechtigte Furcht vor Deutschland nehmen, welche zuvor über Jahrzehnte propagandistisch von der sowjetischen Politik genutzt wurde, um das Unbehagen vor der eigenen Sicherheit zu erhalten und den Militarismus zu gerechtfertigen. Das russische Militär, das ursprünglich als Mittel der Interessenwahrung und Konfliktregelung galt, war inzwischen ein eskalationsempfindlicher Risikofaktor für alle Länder geworden.¹⁰⁸ Durch klärende Auftritte in der Öffentlichkeit, insbesondere vor Studenten, versuchte Gorbatschow sein Wahlvolk von dem Abzug der Truppen aus der DDR zu überzeugen.¹⁰⁹ Nachdem Kohl letztlich das volle Vertrauen Gorbatschows erlangt hatte und die Informations- und Deeskalationspolitik Wirkung zeigte, zog Russland seine Truppen ab und erklärte die DDR für souverän.¹¹⁰

3.2.4. USA

Mitte der 60er Jahre war der Prozess der Amerikanisierung vollzogen und die westdeutsche Bevölkerung erlangte schrittweise ihre Regierungsgewalt zurück. Die USA setzten sich dafür ein, dass die außenpolitischen Verbindungen insbesondere zu Frankreich¹¹¹ gestärkt wurden, um durch einen Abzug die geopolitische Fläche nicht den Sowjets zu überlassen. Weitere Bemühungen und Interessen bezüglich der entstehenden Europapolitik blieben seitens der USA aus. Erst US-Präsident Bush zeigte seit Beginn seiner Amtszeit, dass er ein entscheidender verbündeter Europas und Bundeskanzler Kohls¹¹² war,¹¹³ der für eine zeitnahe Selbstständigkeit Deutschlands und die Wiedervereinigung plädierte.¹¹⁴

3.2.5. Frankreich

Den anfangs skeptischen¹¹⁵ Präsidenten der Grande Nation, François Mitterrand, überzeugte Helmut Kohl mit der Tatsache, dass für eine europäische Einheit, die deutsche

¹⁰⁷ Vgl. Koplew (1985), S. 6-7ff.

¹⁰⁸ Vgl. Weizsäcker (1987).

¹⁰⁹ Vgl. Jacobsen (1988), S. B3/28 – B3/35ff.

¹¹⁰ Vgl. Mircovic (1989), S. 26-32ff.

¹¹¹ Vgl. Schmidts (1988), S. B3, 25-27ff.

¹¹² Vgl. Aretz (2010), S. 54-55ff.

¹¹³ Vgl. Gress (1988), S. B3, 25-27ff.

¹¹⁴ Vgl. Bush (1989).

¹¹⁵ Vgl. Aretz (2010), S. 54-55ff.

Einheit Voraussetzung war.¹¹⁶ Auf diese Weise festigte die Gründung deutsch-französischer Räte in Verteidigung, Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen die Freundschaft beider Länder. Trotz der ablehnenden Haltung Mitterands gegenüber Kohls Zehn-Punkte-Plan, hielt Mitterand weiter zu Deutschland und verkündete, dass sich Frankreichs Politik den historischen Entwicklungen anpassen würde und der Wiedervereinigung zusagen würde.¹¹⁷

3.2.6. Großbritannien

Großbritannien war durch die schweren historischen Hypotheken Deutschlands noch tief gezeichnet und in Folge dessen nicht bereit, dem deutschen Land eine dritte Chance zu geben. Margaret Thatcher setzte sich intensiv gegen die Konsolidierungspolitik ein und lies sich auch nicht nach der Wiedervereinigung umstimmen.¹¹⁸ Da der Einfluss und die Einwirkung Großbritanniens in der Wiedervereinigung der BRD und der DDR eine geringere Bedeutung zukommt, wird Großbritannien im weiteren Verlauf der Arbeit nicht tiefgründiger herangezogen.

3.3. Vollzug der Wiedervereinigung

Dr. Helmut Kohl gelang es, alle europäischen Ursprungsländer für die deutsche Einheit zu gewinnen. Die Entwicklungen in Richtung einer Europäischen Union waren soweit, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands von der europäischen Gemeinschaft gefördert wurde. Die Einbettung der deutschen Wiedervereinigung in den gesamteuropäischen Konsolidierungsprozess und im Rahmen der KSZE wurde durch die Zwei-plus-vier Verträge erfolgreich abgeschlossen, was für das Handeln Helmut Kohls sprach.¹¹⁹

Der Schlüssel zur Deutschen Einheit war wie oben bereits erwähnt die Sowjetunion, die aufgrund ihrer expansiven Rüstungspolitik und dem kommunistischen System wirtschaftlich entkräftet war.¹²⁰ Nur durch die Zustimmung Gorbatschows, die sowjetischen Truppen zurückzuziehen und der vollen Souveränität der DDR, war die Durchführung einer Wiedervereinigung möglich geworden.¹²¹ Demnach wurde am 3.

¹¹⁶ Vgl. Kohl (2010)

¹¹⁷ Vgl. Teltschik (2010), S 42-43ff.

¹¹⁸ Vgl. Aretz (2010), S. 54-55ff.

¹¹⁹ Vergleichbar mit den angestrebten Sechs-Parteien-Gesprächen in Korea, wurden die Zwei-plus-vier Verträge am 12. September 1990 in Moskau beendet. Vgl. Brock Haus (2010).

¹²⁰ Vgl. Aretz (2010); Mayer & Haarmann (2010), S. 63-65ff.

¹²¹ Im innenpolitischen Bereich war das Inkrafttreten des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 1. Juli 1990 Grundlegung für die Deutsche Einheit und Finanzierungsplanung. Vgl. Aretz (2010).

Oktober 1990 nach Artikel 23 Satz 2 GG (alte Fassung), die Deutschen Einheit mit der vollen Wiederherstellung der Souveränität abgeschlossen.¹²²

Ohne den Zehn-Punkte-Plan von Dr. Helmut Kohl wäre eine Konsolidierung der beiden Länder nicht in einem solchen kurzen Zeitraum möglich gewesen. Er bot eine strukturierte Lösungsgrundlage, die die Interessen aller Parteien schrittweise umsetzen sollte. Im nächsten Kapitel soll diese von Kohl angewandte Methodik unter den Gesichtspunkten der Mediationstheorie durchleuchtet werden.

4. Schlichtungstheorien der Mediation

Die Mediationstheorie basiert auf den theoretischen Grundlagen der außergerichtlichen Familien- und Ehestreitschlichtung. Demnach gilt das Schlichten als Präventionsmaßnahme vor der Eskalation eines Konfliktes und ist eine ökonomische Alternative zur kostenintensiven Gerichtsverhandlung. Zahlreiche Erfolge in den Mediationen von Ehe- und Familiendisputen bewirkten eine zunehmende Popularität. Dabei wurde auch vermehrt das wissenschaftliche Interesse an dem Thema geweckt, woraufhin im Laufe der Zeit Empirien aus den Praxiserfahrungen verfasst wurden.¹²³ Diese Empirie fand im späteren Entwicklungsverlauf ihre Anwendbarkeit in neuen Gebieten. Insbesondere nach Ausbruch des Kalten Krieges wurde die Applizierbarkeit der Mediationstheorie auf politische und wirtschaftliche Streitverfahren genutzt. Darüber hinaus lässt sich in den letzten zehn Jahren eine extensive Zunahme der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen und politischen Verhandlungstheorie feststellen.¹²⁴ Hier rückt das Harvard-Konzept vorwiegend in den Fokus der Betrachtung.¹²⁵ In Hinblick darauf erweist sich dieses Konzept als sachlich designiert, die Koreakrise auf ihre Substanz zu analysieren und wird im Rahmen dieser Arbeit nach konzeptionellen Kriterien vorgestellt und evaluiert. Im folgenden Abschnitt wird zunächst erläuternd auf die Inhalte der Mediationstheorie eingegangen. Mit den daraus gesammelten Erkenntnissen, folgt die Betrachtung der deutschen Wiedervereinigung unter den Gesichtspunkten der Mediationstheorie. Die Ergebnisse werden anschließend als Empfehlungen zur möglichen Schlichtung des Koreakonflikts herangezogen.

¹²² Siehe Suspendierungserklärung der Alliierten vom 1. Oktober 1990 über den Verzicht auf noch bestehende Rechte in Bezug auf Berlin und Deutschland.

¹²³ Die Vermittlung des Westfälischen Friedens von 1648 ist die erste dokumentierte Mediation in Deutschland. Vgl. Bosbach & Kampmann (1998).

¹²⁴ Vgl. Lanz, Wählich, Kirchhoff & Siegfried (2008).

¹²⁵ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 7-14ff.

4.1. Mediationstheorien

Ein Konflikt ist die Endstufe einer Meinungsunstimmigkeit zwischen zwei Parteien, der sich aus dem Interesse der Beteiligten für ein bestimmtes Ziel ergeben hat. Handelt es sich dabei um ein unverzichtbares Ziel, das beide Parteien nicht bereit sind aufzugeben, kann der Konflikt nur durch eine Verhandlung gelöst werden, oder eskalieren.¹²⁶

Hierbei lassen sich die Streitparteien in zwei Gruppen kategorisieren. Zum einen ist die defensive „creating value“ Partei zu nennen, welche die Intension hat, den Wert ihres Interessengebietes beizubehalten. Zum anderen zählt die offensive „claiming value“ Partei dazu, die bemüht ist den Wert ihres Interessengebietes zu steigern. Der Verhandlungswert wird von einem Spannungsfeld, das zwischen den beiden Parteien entstanden ist, umgeben. Die Größe des Spannungsfeldes, auch „ZOPA“¹²⁷ genannt, hängt hierbei von der jeweiligen Toleranz der Parteien ab und entspricht dem eigentlichen Verhandlungsspielraum. Die Mediation agiert in diesem Verhandlungsspielraum und beabsichtigt diesen zu erweitern, bis sich aus der ZOPA eine Vereinbarung entwickelt. Zur Verdeutlichung wird auf die folgende Abbildung verwiesen.

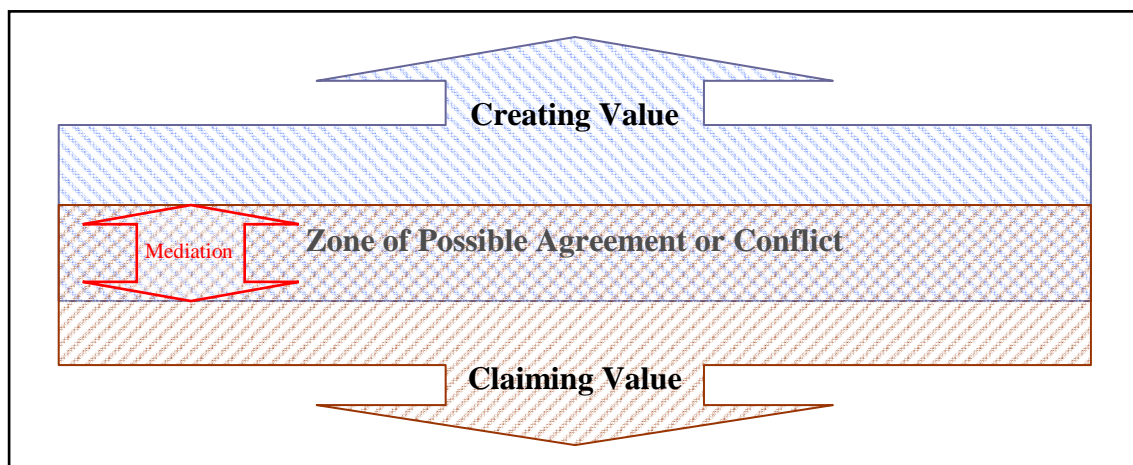


Abbildung 1: Modell der ZOPA

Eigene Darstellung in Anlehnung an Tenberger (2001); Fisher, Ury & Patton (1997).

Heute gewinnt die Streitschlichtung im Sinne von politischer und wirtschaftlicher Mediation zunehmend an Bedeutung.¹²⁸ Dementsprechend sind auch die Bemühungen groß, einen eigenen Fachbereich mit konkreten Theorien und Systemen zu entwickeln. Bis dato gibt es jedoch für die wirtschaftspolitische Mediation aufgrund der zahlreichen

¹²⁶ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997).

¹²⁷ „ZOPA“= Zone of possible agreement; vgl. Raiffa (1982).

¹²⁸ Vgl. Lanz, Wählich, Kirchhoff & Siegfried (2008).

Wirkungsparameter¹²⁹ noch keine allgemein geltenden Modelle. Darüber hinaus haben sich aus den gesammelten Erkenntnissen verschiedene Problematiken ergeben, die im Folgenden kurz erläutert und eruiert werden.¹³⁰ Eines der wesentlichen Schwierigkeiten besteht in der Tatsache, dass für Friedensprozesse keine übergreifenden Systeme mit international geltenden Terminologien und Methodiken, sowie Normen und Paradigmen existieren. Zudem haben internationale Konflikte meist eine lange Historie, in der sich diverse Emotionen entwickelt und sich Interessengruppen herausgebildet haben. Daneben erschweren zahlreiche bilaterale Absprachen unter den Involvierten und der Mangel an gegenseitiger Konzession die Lösungsfindung.¹³¹ Im Kontext ergeben sich Einigungsmängel, die aus einem fehlenden gegenseitigen Verständnis resultieren. Dazu kommen eine insuffiziente Rückzugsbereitschaft der einbezogenen Interessengruppen und das Abhandenkommen der grundlegenden Problemursache.¹³² Des Weiteren besteht die Schwierigkeit internationaler Verhandlungen in der Überwindung kultureller und sprachlicher Barrieren. Das Hauptproblem liegt jedoch in der Menge der Beteiligten Interessengruppen¹³³.

Bevor sich diesem Problem zugewandt werden kann, müssen zunächst die zwei Arten des Mediators, wozu der private Mediator aus dem Bereich der „Multitrack-Diplomacy“, sowie der offizielle Mediator zählen, definiert werden. Die „Multitrack-Diplomacy“ steht hierbei für eine multilaterale diplomatische Schlichtung, in der sich Konfliktparteien, insbesondere Regierungen, mehrerer Mediationskanäle bedienen. Zu diesem Verhandlungstyp zählen private, einflussreiche und erfahrene Persönlichkeiten, die unabhängig von offiziellen Schlichtungsverhandlungen hinzugezogen werden¹³⁴. Sie folgen keiner fixen Struktur, bedienen sich eines großen Netzwerkes und können dadurch flexibler und schneller agieren. Jedoch birgt diese Vorgehensweise auch Risiken. Der eingesetzte private Mediator könnte eigene Interessen oder das Interesse eines Dritten verfolgen und dadurch kontraproduktiv agieren. Die größte Schwierigkeit für den Schlichter besteht daher in der Vertrauensfindung bei den jeweiligen Parteien.¹³⁵ In diesem Zusammenhang sind das Talent und das Einfühlungsvermögen des Mediators wesentliche Grundvoraussetzungen.

¹²⁹ Als Wirkungsparameter sind zum Beispiel sprachliche und kulturelle Unterschiede, wirtschaftliche Interessen der Beteiligten, wechselnde Beteiligte durch beispielweise einen Regierungswechsel, etc zu verstehen.

¹³⁰ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997).

¹³¹ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 24-32ff.

¹³² Vgl. Hopt (2010), S. 723-881.

¹³³ Vgl. Lanz, Wählich, Kirchhoff, Siegfried (2008)

¹³⁴ Abkürzung für: Non Profit Organisation

¹³⁵ Vgl. Lanz, Wählich, Kirchhoff & Siegfried (2008).

Deswegen ist das Vertrauen zum privaten Schlichter existenziell, da beide Seiten ihre Interessen und Probleme offen präsentieren müssen. Erst durch die beidseitige Zustimmung der Parteien für eine Schlichtung, kann diese eingeleitet werden. Zur zweiten Schlichtungsart zählt der offizielle Schlichter. Er ist ein öffentlich bekannter unparteiischer Dritter, der die Theorien der Kognitionspsychologie und die Konflikttheorie kennt. Das notwendige Vertrauen erlangt er durch seine akademischen oder beruflichen Erfahrungswerte und seinen Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit.¹³⁶ Diese Art der Mediation ist transparenter und klarer strukturiert. Daher erleichtert sie einen zeitlichen und technischen Rahmen festzulegen.¹³⁷ Ein Hauptproblem besteht jedoch in der fehlenden Flexibilität. Eine Problematik die beide Schlichtertypen gleichermaßen betrifft, ist die Herausforderung, sich nicht von einem meditativen Mandat in einen Schlichtungs-Modi verleiten zu lassen, der individuell ausgearbeitete Lösungsmethoden ohne die aktive Einbeziehung der Konfliktparteien generiert.¹³⁸

Internationale Friedensverhandlungen bedienen sich meist beider Mediatoren,¹³⁹ um den Lösungsfindungsprozess zu beschleunigen. Hier entwickelt sich das bereits erwähnte Problem der Quantität der beteiligten Interessengruppen.¹⁴⁰ Zudem bildet sich zwischen den Mediatoren ein Konkurrenzverhalten heraus, indem sie versuchen, die legitimen Interessen des Wettbewerbers zu neutralisieren. Daraus kann ein „Meta-Spiel“¹⁴¹ entstehen, bei dem das Ursprungsproblem durch neue Konflikte in den Hintergrund gerät. Zusammenfassend bildet die Grundlage einer jeden Mediation ihre Struktur, da sie meist die beteiligten Parteien zu einer Schlichtung überzeugt und die notwendige Zustimmung der in Konflikt Stehenden erleichtert. Auch wenn es bislang kein international konstituiertes Modell gibt, soll in der vorliegenden Arbeit auf das Harvard-Konzept zurückgegriffen werden. Dies ist aufgrund seiner internationalen Anerkennung und Präsenz im Forschungsbereich das im Rahmen dieser Arbeit verwendete Basismodell, auf das zur Verdeutlichung im anschließenden Absatz eingegangen wird.¹⁴²

¹³⁶ Vgl. Kirchhoff (2008).

¹³⁷ Als Beispiel wird an dieser Stelle „Stuttgart 21“ und die Streitschlichtung durch Heiner Geißler genannt.

¹³⁸ Vgl. Strack (2004), S. 180-190.

¹³⁹ Die internationalen Friedensverhandlungen der Vereinten Nationen können in diesem Zusammenhang als weiteres Beispiel angeführt werden.

¹⁴⁰ Vgl. Kirchhoff (2008).

¹⁴¹ Unter einem Meta-Spiel wird ein Spiel ums Spiel verstanden.

¹⁴² Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 24-32ff.

4.2. Das Harvard-Konzept

Das Harvard-Konzept hat sich in der intellektuellen Landschaft aufgrund seiner Umsetzbarkeit in der Praxis behaupten können.¹⁴³ Im Folgenden wird die Vorgehensweise dieses renommierten Konzeptes beschrieben. Das Ziel dieses Abschnittes ist es, theoretische Grundlagen zu definieren, die der Beantwortung der Forschungsfrage „Worin bestehen die Kernelemente der „Koreafrage“ und in wie weit kann der Praxisvergleich zur deutschen Vergangenheit in Verbindung mit Modellen der Mediationstheorie helfen, diese zu definieren?“, unterstützen sollen.

Das Harvard-Konzept wird als Grundmodell der Mediationstheorie anerkannt.¹⁴⁴ Diese Theorie beruht auf der sachbezogenen Vorgehensweise bei Verhandlungen und besteht aus den in Abbildung 2 verdeutlichten vier Grundaspekten.

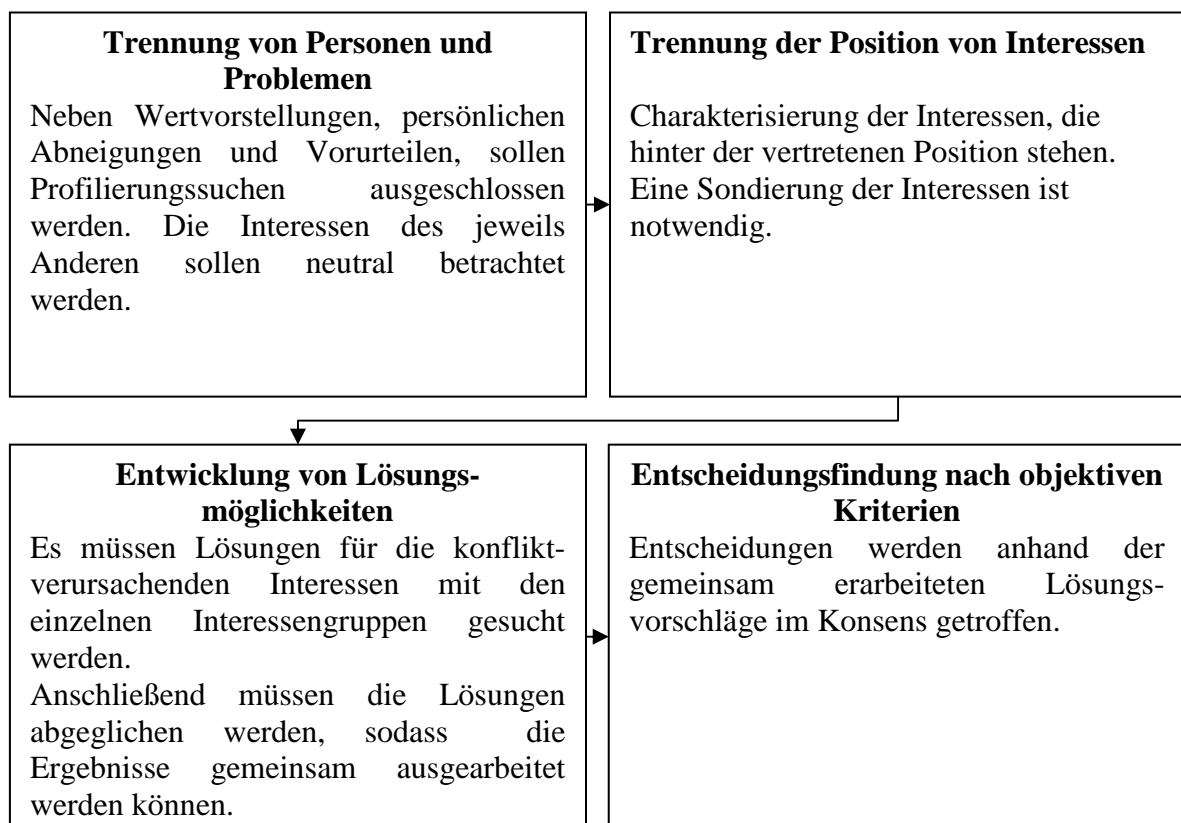


Abbildung 2: Das Harvard-Konzept

Eigene Darstellung in Anlehnung an Fisher, Ury & Patton (1984); Fisher, Ury & Patton (2009).

Die meisten Konflikte lassen sich nur schwer lösen, wenn die in Konflikt stehenden Personengruppen emotional agieren. In Hinblick darauf basiert der erste Schritt des Harvard-Konzepts in der Betrachtung der individuellen Konfliktteilnehmer, die als

¹⁴³ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 12ff.

¹⁴⁴ Vgl. Fuchs (1999).

menschliche Individuen wahrgenommen werden sollen. Durch das Ermöglichen einer Basis, die einer freundschaftlichen, aufgeschlossenen und privaten Atmosphäre gleicht, sollen eine psychologische Verbundenheit und eine gegenseitige Wertschätzung zwischen den Parteien entstehen.

Internationale Konflikte, wie auch in den Fällen Korea und Deutschland, haben meist eine Verhandlungsvorgeschichte. Durch das meditative Fördern von Vertrauen und Offenheit lassen sich tiefere Einblicke in menschliche Aspekte des Konflikts finden. Zum Beispiel könnten persönliche Erfahrungen eines Opponierenden ein möglicher Grund für das Weiterbestehen des Konfliktes sein.¹⁴⁵ Durch die Wertschätzung und dem daraus entstehenden Respekt, können die persönlichen Aspekte erkannt und geklärt werden. Das Sachproblem des Konfliktes gilt es folglich von den persönlichen Emotionen, Vorstellungen und Interpretationen zu trennen. Beide Parteien müssen sich dazu verpflichten, Privates und Sachliches getrennt voneinander und nach dem Gesichtspunkt der jeweiligen Legitimität zu behandeln.¹⁴⁶

Im zweiten Schritt werden anschließend die Positionen von den jeweiligen Interessen getrennt. Konfliktverhandlungen sind meist aufgrund der verhärteten Positionen blockiert.¹⁴⁷ Die Position einer Partei wird demnach durch ihre Interessen bestimmt. Interessen sind Beweggründe, die die Partei motiviert, ihre Position beizubehalten. Somit beruht die Position einer Partei auf den durch ihre Interessen entstandenen Entscheidungen. Daher ist die Sondierung der Interessen in einem Konflikt grundlegend. Bei der Ermittlung von Interessen der einzelnen Parteien wird zwischen drei Untergruppen unterschieden: die gemeinsamen -, die ausgleichbaren- und die divergierenden Interessen.¹⁴⁸

Ist das gleiche Interesse bei beiden Parteien gegeben, kann von einem gemeinsamen Interesse gesprochen werden. Ausgleichbare Interessen hingegen sind gemeinsame Interessen unterschiedlicher Natur, divergierende Interessen haben demgegenüber keine Gemeinsamkeiten. Da zwei sich streitenden Parteien über gegensätzliche Positionen verfügen, wird meist angenommen, dass die Interessen auch divergieren.¹⁴⁹ Ein Land A, das eine Verteidigungseinrichtung baut geht davon aus, dass das Nachbarland B angreifen will und nimmt eine defensive Position ein. Das Nachbarland B beobachtet die Aufrüstung skeptisch, fühlt sich bedroht und stockt seinen militärischen Verteidigungsapparat auf. Es

¹⁴⁵ Vgl. Lanz, Wählich, Kirchhoff & Siegfried (2008).

¹⁴⁶ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 45ff.

¹⁴⁷ Auf diese Weise scheiterten auch das Atomwaffenabkommen zwischen Kennedy und der Sowjetunion am 24. September 1965 in Genf. Vgl. Schrafstetter (1999).

¹⁴⁸ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 70-73ff.

¹⁴⁹ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 68-72ff.

nimmt die defensive Haltung von Land A als offensive Haltung war. In Wirklichkeit haben beide Länder ein unausgesprochenes Angstgefühl voreinander, das Interesse ihre Bevölkerung zu schützen und eine friedliche Koexistenz mit dem Nachbarn zu führen. Bei zahlreichen Untersuchungen von Friedensverhandlungen wurde festgestellt, dass opponierende Parteien mehr gemeinsame als divergierende Interessen haben.¹⁵⁰

Positionen sind immer eindeutig, während Interessen unterdrückt, kontrovers oder unerkennbar sein können. Somit besteht die Schwierigkeit, die Interessen klar zu definieren und einer Position zuzuordnen. Um das Interesse der Gegenseite herauszufinden, gilt als Ansatzpunkt die Frage des „Warums“ zu klären. Warum fühlt sich Land A von Land B bedroht? Möglicherweise liegt der Grund in der Geschichte der beiden Länder, oder ist auf militärische Zwischenfälle in der jüngsten Vergangenheit zurückzuführen. Auch kann die Ursache in einem verfeindeten dritten Land C liegen, das eigene Interessen verfolgt und diese interveniert. Können die eigentlichen Interessen hinter den Positionen gefunden werden, können diese schließlich im nächsten Schritt verglichen werden.

Land A fühlt sich bspw. von Land B bedroht, da es von Land B vor 100 Jahren angegriffen wurde. Der Angriff bewirkte eine über Generationen weiterbestehende Furcht vor Land B. Das Interesse von Land B liegt letztlich darin, seine Bevölkerung zu schützen. Für Land B ist demnach aufgrund der dazwischenliegenden Zeit der Angriff vor 100 Jahren längst in Vergessenheit geraten. Daher kann es die Aufrüstung von Land A nicht nachvollziehen und rüstet sich folglich gegen Land B. Durch einen Dialog mit den einzelnen Ländern liegen nun die Gründe für die Interessen offen dar. Land A rüstet die Verteidigungslinie aus einer in der Vergangenheit entstandenen Angst. Land B rüstet sich schließlich aus Angst und Missverständnis gegen Land A auf. Dies gilt es, der jeweiligen Gegenseite nun mitzuteilen. Wird dieses Prinzip auf alle Kernpunkte des Konfliktes ausgeweitet, lernen die Gegenseiten sich kennen und entwickeln ein gegenseitiges Verständnis. Alle Interessen, die hinter dem Problem stehen, sind an dieser Stelle bekannt und die einzelnen Positionen in den Hintergrund gestellt worden.

Im nächsten Schritt des Harvard-Konzeptes steht die gemeinschaftliche Resolutionsentwicklung im Vordergrund. Alle Interessen werden offen dargelegt und beide Parteien arbeiten jetzt im Konsens, um Lösungsvorschläge für die Interessen zu finden. Die Länder A und B betrachten nun gemeinsam ihre Interessen. Beide Länder haben das Ziel,

¹⁵⁰ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 71-72ff.

ihre Bevölkerung zu schützen und eine friedliche Koexistenz zu ihren Nachbarn zu führen. Zur Wiederholung fürchtet sich die Bevölkerung von Land A aufgrund der genannten historischen Ereignisse vor Land B. Land B hat wiederum die Historie verdrängt. Es bestehen also gleiche Interessen unterschiedlicher Natur und somit ein ausgleichbares Interesse. In Folge dessen ist die Quantität der Resolutionsvorschläge ausschlaggebend. An dieser Stelle sind private Mediatoren durch ihr kreatives Talent und ihre Flexibilität von Vorteil. Darüber hinaus sind außerdem die vier Punkte des Harvard-Konzept aufzuführen, die von einem Mediator zu beachten sind. Demnach sollen im Anschluss Resolutionsvorschläge gefunden werden, ohne diese dabei zu beurteilen. Die Beurteilung würde den erwähnten meditativen Modus durch den Schlichtungsmodus ersetzen und den Schlichter über die Parteien stellen. Zweitens soll das Streben nach Quantität und nicht nach Qualität die Motivation der Suche bilden. Der dritte Punkt erwartet, dass in den Lösungsvorschlägen auf Vorteile für beide Seiten geachtet wird. Zuletzt besagt der vierte Punkt, dass Vorschläge gesucht werden sollen, die die Entscheidung der opponierenden Partei später erleichtert.¹⁵¹

Der Letzte Schritt im Harvard-Schlichtungskonzept ist die Fortführung der Interessenförderung und deren Resolutionsfindung auf Grundlage neutraler Anwendung von Beurteilungskriterien. Diese Phase besteht prinzipiell darin, das Fortbestehen der Verhandlungen zu garantieren und die Prinzipien der Resolutionsfindung auf Grundlage von Interessen statt auf Positionen, dem Erhalt der sachbezogenen Sicht und dem Ausschluss emotionaler Einflussfaktoren zu sichern. Abschließend können an dieser Stelle von Seiten des Mediators Spezialisten einbezogen werden, die bei der objektiven Lösung der Interessen behilflich sein können.¹⁵²

4.3. Deutsche Teilung und Wiedervereinigung nach den Grundsätzen der Mediation

Im folgenden Abschnitt werden die oben aufgeführten Mediationstheorien mit der deutschen Geschichte der Teilung und Wiedervereinigung zusammengeführt.¹⁵³ Ziel ist es hier, die Theorien der Mediation auf Grundlage des Prozesses bis zur deutschen Wiedervereinigung und Dr. Helmut Kohls Schlichtungsarbeit zu erkennen. Auf Grundlage

¹⁵¹ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 93-94ff

¹⁵² Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 121-139 ff.

¹⁵³ Zusammenfassend wird festgehalten, dass sich die deutsche Geschichte in zwei historische Abschnitte teilen lässt. Der erste Abschnitt ist die Geschichte der Deutschen Teilung und Krise. Der zweite Abschnitt besteht bis 1990 aus dem Prozess der Wiedervereinigung.

der gesammelten Erkenntnisse kann im Anschluss ein Basiskonzept für die Schlichtung Koreas aufgrund der Parallelen zwischen dem ehemals geteilten Deutschland und dem heute geteilten Korea modelliert.

Demzufolge wird festgehalten, dass die westdeutsche Entspannungspolitik und Europapolitik deeskalierend auf die Ost-West-Krise wirkte, sodass sich das Spannungsfeld entlang der innerdeutschen Grenze relativieren konnte. Die Länder die auf die Entwicklung der Wiedervereinigung Einfluss hatten, verließen ihre Positionen und stellten ihre Interessen in den Vordergrund. Zu Zeiten der deutschen Teilung konnte den USA und Russland die Hauptrolle im Schlichtungsverfahren zugesprochen werden. Die Europapolitik in Verbindung mit der deutschen Entspannungspolitik trug im Wesentlichen zur Abrüstung bei. Die Abrüstungspläne der USA hingegen bewirkten Anfang der 80er Jahre Unbehagen in den verschiedenen europäischen Ursprungsländern, da eine Gefährdung der friedlichen Europäisierung befürchtet wurde. Aller Skepsis entgegen, unterstützten der militärische Rückzug und die diplomatische Einzug der USA die Europäisierung die Wiedervereinigung.¹⁵⁴ Als Helmut Kohl sich weiterhin der Deutschen Frage annahm, erkannte er aus den diversen Liberalisierungsprozessen in den Ländern des Warschauer Pakts, dass die Zeit für eine Veränderung gekommen war. Kohl suchte den Kontakt mit den für eine Wiedervereinigung relevanten Ländern,¹⁵⁵ um sich einen persönlichem Eindruck zu verschaffen, die außenpolitischen Interessen der Länder zu definieren und um den eigenen Standpunkt klar darzustellen.¹⁵⁶ Seine Aufklärungsarbeit und der damit verbundene Interessenaustausch waren die Grundlage für den Prozess der Wiedervereinigung.¹⁵⁷

Im Folgenden Teil werden die durch Helmut Kohl im Wiedervereinigungsprozess gesammelten Erkenntnisse verwendet, um aus den dargestellten Theorien der Mediation ein Schlichtungsmodell entwickeln.

4.3.1. Identifizierung der Interessengruppen

Die Schlichtungsarbeit setzt voraus, dass eine Verhandlungsbereitschaft gegeben ist. Diese gilt es im Folgenden mit Hilfe einer vereinfachten Methode der Regressionsanalyse zu ermitteln. Die Mathematische Ermittlung sowie eine Analyse der Homoskedastizität von

¹⁵⁴ Vgl. Gress (1988), S. 16-27 / B3.

¹⁵⁵ Die Länder, die für eine Wiedervereinigung eine wichtige Rolle spielten waren die BRD, DDR, UDSSR, USA, Großbritannien (nur begrenzt relevant) und Frankreich.

¹⁵⁶ Vgl. Teltschik (2005).

¹⁵⁷ Vgl. Genscher (1985), S. XIff.

Variablen, werden dabei nicht weiter berücksichtigt, da die vorhandenen Erkenntnisse in der aktuellen Situation Koreas zu unspezifisch und volatil sind. Demnach soll das vereinfachte Modell als erster Ansatzpunkt einer möglichen Schlichtung genügen.

Im ersten Schritt werden die an der Wiedervereinigung beteiligten Parteien und deren Interessen identifiziert und theoretisch plausibilisiert. Den Interessen werden daraufhin Werte zugeteilt, die für die Errechnung der Verhandlungsbereitschaft dienen (ZOPA-Wert). Die Bundesrepublik Deutschland zeigte über die Jahre der Teilung hinweg, dass das Interesse an der Deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion¹⁵⁸ permanent vorhanden war.¹⁵⁹ Helmut Kohl konzentrierte sich vor allem darauf, dass keine neuen Spannungen entstanden und nur Kompromisse eingegangen würden, die den Konsolidierungsprozess beisteuerten.¹⁶⁰ Demgegenüber war die DDR zu Anfang gegen eine kurzfristige und langfristige Wiedervereinigung und stand fest hinter ihrer Absicht, zwei deutsche Staaten durchzusetzen. Aus diesem Grund bestanden die Interessen in der zukünftigen Existenz der sozialistischen Werte, dem Fortbestehen der SED-Regierungsgewalt und in der Akzeptanz der DDR als Staat.¹⁶¹ Gleichmaßen wurden dieser Werte noch kurz vor dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Ostdeutschlands verteidigt.¹⁶² Als die DDR Regierung ihre auswegslose Situation erkannte,¹⁶³ adaptierte sich das Interesse der ostdeutschen Regierung in eine für die Wiedervereinigung auf lange Sicht bestätigte Innenpolitik. Russland wehrte sich ursprünglich gegen jede Form der Zusammenarbeit mit einem kapitalistischen Land.¹⁶⁴ Erst durch Gorbatschow, der seine Politik den notwendigen Anforderungen anpasste und dem wirtschaftlichem Zerfall der Sowjetunion, änderten sich die Tendenzen. Die Entspannungspolitik in Europa und das zunehmende kumulative Haushaltsdefizit Russlands forcierten eine Abrüstung der kostenintensiven russischen Truppen.¹⁶⁵ Gorbatschow wurde ein Befürworter der deutschen Wiedervereinigung, stimmte jedoch anfangs einer zeitnahen Konsolidierung Deutschlands aufgrund der anfallenden

¹⁵⁸ Vgl. Kohl (2010); Aret (2010).

¹⁵⁹ Siehe S. 16-17; 20-21ff.

¹⁶⁰ Vgl. Aretz (2010).

¹⁶¹ Siehe S. 16-20ff.

¹⁶² De Maiziére befürwortete, dass die Interessen der DDR besonders berücksichtigt werden sollten. Geprägt war diese Ansicht durch die Befürchtung, dass die DDR völkerrechtlich untergehen könnte. De Maiziéres Verfahrensvorschläge verzögerten den Einigungsprozess. Oft werden an dieser Stelle seine Vorschläge zur neuen Deutschland- Hymne oder der Umbenennung Deutschlands genannt. Vgl. Aretz (2010).

¹⁶³ Kohl erhöhte demnach den Druck auf die DDR, indem er die Reformen in Ungarn, Polen und Russland unterstützte. Vgl. Teltschek (2010), S 36-37ff.

¹⁶⁴ Vgl. Kohl (2010), S.15-16ff.

¹⁶⁵ Siehe S. 15-16; 18-21ff.

Abzugskosten zunächst nicht zu.¹⁶⁶ Auf der anderen Seite war US-Präsident Bush Helmut Kohls erster Verbündeter und Befürworter der Wiedervereinigung. Das Interesse der USA bestand in der schnellen Abrüstung und der Unterstützung des Europäisierungsprozesses.¹⁶⁷ Amerika war perpetuierlich für eine kurzfristige oder langfristige Wiedervereinigung Deutschlands.¹⁶⁸ Frankreich stellte sich hingegen nach dem Zweiten Weltkrieg gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands und führte hinsichtlich der Erfahrungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg eine Politik des Revanchismus in der Besatzungszone. Erst durch die Überzeugungsarbeit Helmut Kohls und der pro-europäische neuen Regierung, wurde Frankreichs Interesse für eine sofortige oder langfristige deutsche Einheit erreicht.¹⁶⁹ Großbritannien und die Margaret Thatcher-Regierung behielten weiterhin ihre Haltung gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands selbst nach der Deutschen Wiedervereinigung bei.¹⁷⁰

Die gesammelten Erkenntnisse über die jeweiligen Interessen werden im nächsten Schritt in einfache Datensätze transformiert, um den Zusammenhang zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen tabellarisch darzustellen. Hierzu wird zum einen eine Tabelle zum historischen Abschnitt der Deutschen Teilung erstellt. Zum anderen folgt die anschließende Tabelle mit den Ergebnissen zur Wiedervereinigung.

¹⁶⁶ Vgl. Aretz (2010), S.54-55ff.

¹⁶⁷ Siehe S.22-23ff.

¹⁶⁸ Die Position der USA war deutlich für eine Wiedervereinigung, insbesondere nach dem NATO Gipfeltreffen am 4. Dezember 1989. Vgl. Neumann (2010), S. 80-81ff.

¹⁶⁹ Siehe S. 22-23ff.

¹⁷⁰ Siehe Kapitel 2.2.6.

Deutsche Teilung 1949-1985					
	Langfristig		Kurzfristig		Ergebnis
	Wiedervereinigung (+1)	Teilung (-1)	Wiedervereinigung (+1)	Teilung (-1)	
BDR	x			x	0
DDR		X		x	-2
UDSSR		X		x	-2
USA	x		X		2
Frankreich		X		x	-2
GB		X		x	-2
					Σ -6
Deutsche Wiedervereinigung 1985-1989					
	Langfristig		Kurzfristig		Ergebnis
	Wiedervereinigung (+1)	Teilung (-1)	Wiedervereinigung (+1)	Teilung (-1)	
BDR	x		X		2
DDR	x			x	0
UDSSR	x			x	0
USA	x		X		2
Frankreich	x		X		2
GB		X		x	-2
					Σ 4

Tabelle 1: Quantitative Analyse der Deutschen Teilung und Wiedervereinigung
Eigene Darstellung in Anlehnung an Tenberger (2001); Fisher, Ury & Patton (1997).

Zur Ermittlung des ZOPA Wertes wurde den relevanten Ländern jeweils ein Wert (+1) für ein langfristiges oder kurzfristiges Interesse an der Wiedervereinigung gegeben und jeweils ein Negativwert (-1) für das langfristige oder kurzfristige Interesse an der Teilung Deutschlands zugeordnet. Im Anschluss wird die Summe der einzelnen Werte gebildet, sodass sich der Interessenwert für den Verhandlungsspielraum (ZOPA) ergibt. In der ersten Tabelle ergibt sich der Negativwert Sechs (-6), aus dem sich ein Mehrwert an insuffizienter Interessenbereitschaft erkennen lässt und somit keine Verhandlungsgrundlage besteht. Ein negativer Mehrwert ergibt sich aus dem Überschuss von „Claiming Value“- Positionen und dem daraus entstandenen negativem Ungleichgewicht, welcher aus dem Mangel an Interessenbereitschaft keinen Verhandlungsspielraum darstellt. Eine Verhandlungsbasis ist erst ab einem Wert größer Null (>0) gegeben.

In der zweiten Tabelle werden hingegen die durch die politische Entwicklung Europas und Kohls Einführung seiner Deutschlandpolitik geänderten Interessenparameter neu definiert. Das Ergebnis seiner mediativen Arbeit weist eine Entwicklungstendenz zu einem positiven ZOPA Wert (+4) auf und stellt somit einen bestehenden Verhandlungsrahmen dar. In der folgenden Darstellung wird diese Auswertung noch einmal mit Hilfe des ZOPA Modells aus Kapitel 3.1. verdeutlicht dargestellt.

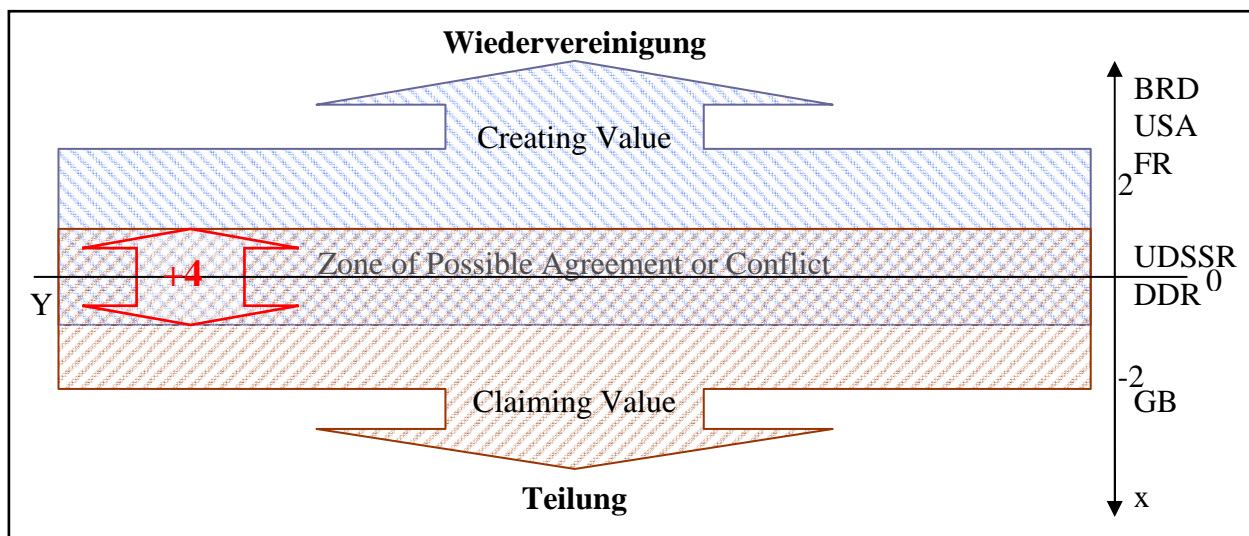


Abbildung 3: ZOPA der Deutschen Wiedervereinigung (1985-1990)
Eigene Darstellung in Anlehnung an Tenberger (2001); Fisher, Ury & Patton (1997).

In Abbildung 3 ist somit ein solider Verhandlungsspielraum dargestellt. Entlang der rechts aufgeführten x-Achse sind die Parteien entsprechend ihrer Interessenwerte eingesetzt worden. Mit diesem Ergebnis wurde der Verhandlungsspielraum für eine Wiedervereinigung bestätigt.

Die Ermittlung der Werte für eine Verhandlungsbereitschaft liegen in Kohls erfolgreicher Verhandlungspraxis begründet. Das Ergebnis verdeutlicht, dass eine Verhandlungsbereitschaft gegeben sein muss, um im nächsten Schritt die Mediationstheorie des Harvard-Konzeptes anzuwenden. Auf Grundlage dessen, werden im folgenden Abschnitt die relevanten Bereiche aus dem in Abschnitt 3.1.1. erläuterten Harvard-Konzept sondiert aufgezeigt und zu einem Mediationsablauf für die Koreakrise beispielhaft definiert.

4.3.2. Ein neues Mediationsmodell auf Basis der deutschen Wiedervereinigung

Wie oben bereits erwähnt, setzt sich das Harvard-Konzept aus den vier grundlegenden aufeinander aufbauenden Aspekten zusammen. Diese werden im Folgenden auf den Schlichtungsprozess der deutschen Wiedervereinigung umgewälzt, sodass daraus ein angepasstes Mediationsmodell für politische Krisen in geteilten Ländern insbesondere Korea entwickelt werden kann. Dieses individuell angeglichenes Modell wird im Anschluss als Empfehlung für eine mögliche Schlichtung der Koreakrise herangezogen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich im ersten Schritt die Gegenüberstellung der emotionalen und persönlichen Wahrnehmungen der Verhandlungsteilnehmer. Dieser wurde jedoch aufgrund

der Erfahrungswerte aus der deutschen Wiedervereinigung durch einen neuen Schritt des Informationsaustauschs ersetzt. Zwar zeigten sich Kohls Verhandlungspartner zeitweise emotional, folgten jedoch letzten Endes den Interessen ihres Landes. Weitaus signifikanter für die Initiation von Verhandlungen kristallisierte sich daher der Sondierungsdialog mit den einzelnen Parteien heraus. Durch einen primären Informationsaustausch kann zum einen das Interesse an einem Lösungsfindungsprozess der individuellen Positionen eruiert werden. Zum anderen lässt sich der Wirkungsparameter „Einfluss“ der einzelnen Gruppen ermessen. Hat eine Partei geringfügigen oder ausschließlich negativen Einfluss auf den Schlichtungsprozess, kann diese aus dem nächsten Schritt durch bilaterale Interessenkompensation präkludiert werden. Im Prozess der deutschen Wiedervereinigung wurde Großbritannien im Lösungsfindungsprozess ausgeschlossen, da die Thatcher-Regierung weder an der sich entwickelnden Europäisierung interessiert war, noch den Konsolidierungsprozess Deutschlands befürwortete. Durch den Ausschluss erweitert sich der ZOPA Wert von (+4) auf (+6) und flexibilisierte demzufolge den Lösungsfindungsprozess.

Sind die Parteien und deren Interessen, die hinter den Positionen stehen, klar definiert, werden im zweiten Teil des Mediationsprozesses die Interessen charakterisiert und den einzelnen Positionen differenziert gegenübergestellt. Helmut Kohl erkundete die Interessen der einzelnen Parteien durch zahlreiche bilaterale Treffen mit den einzelnen Regierungen und nutzte gleichzeitig die Gelegenheit die Verhandlungspartner auf seinen diplomatischen Weg zu bringen.¹⁷¹ Vor diesem Hintergrund verdeutlicht die nächste Abbildung eine Übersicht der Interessenverteilungen der jeweiligen Positionen.

¹⁷¹ Vgl. Kohl (2010), S.8-17ff.

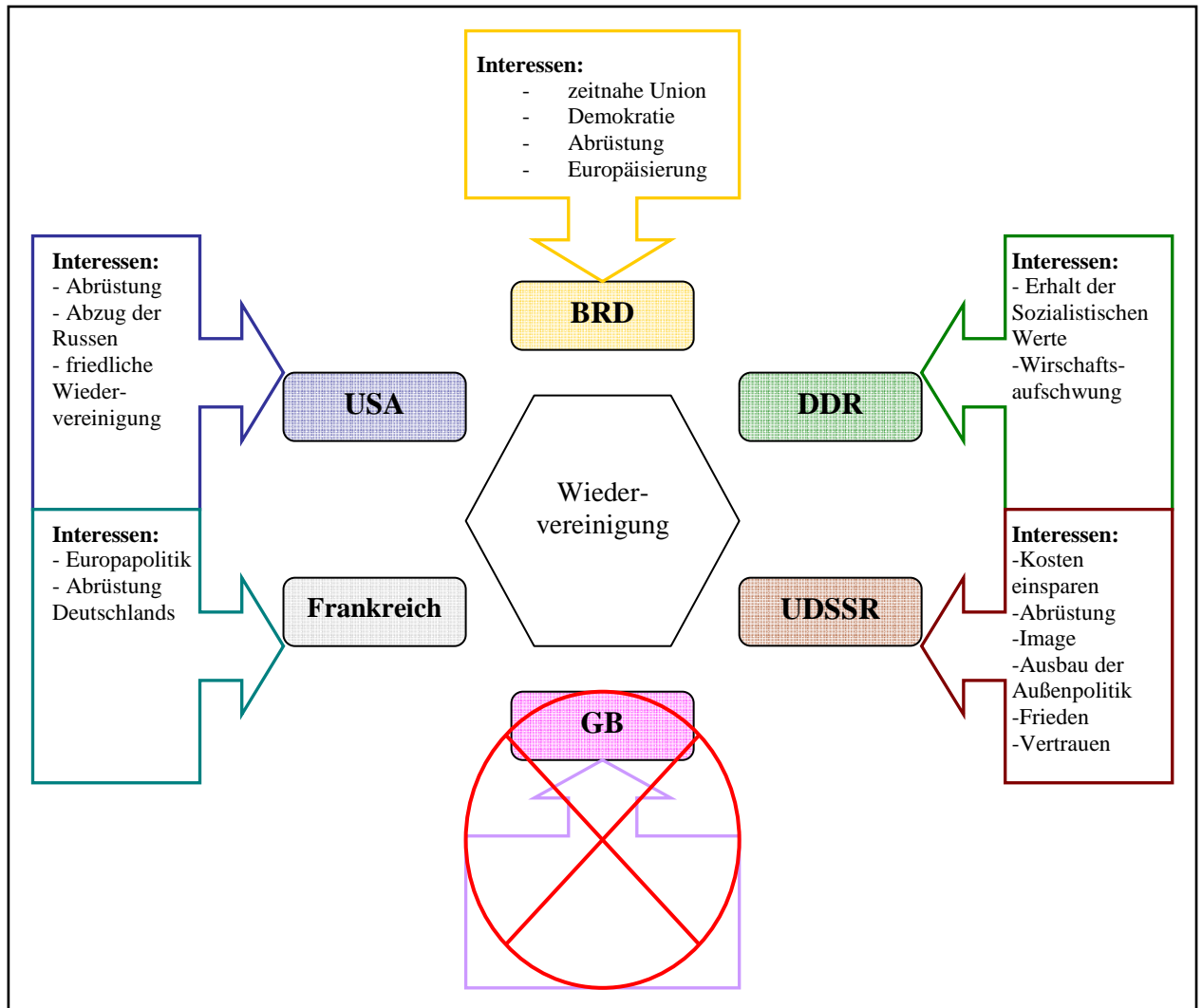


Abbildung 4: Verhandlungsmodell Deutsche Wiedervereinigung

Eigene Darstellung in Anlehnung an Tenberger (2001); Fisher, Ury & Patton (1997).

Die ersten beiden Schritte tragen zusätzlich dazu bei, den ZOPA- Wert zu erhöhen und den Schlichtungswillen zu fördern.

Im nächsten Schritt werden die Interessen der einzelnen Parteien mit Resolutionsvorschlägen gedeckt. Hier ist es von besonderer Bedeutung, dass die Umsetzung der Lösungen keine neuen Konflikte erzeugen und aus diesem Grund in Zustimmung aller Parteien stattfinden. Das klassische Harvard-Konzept empfiehlt an dieser Stelle die Zusammenkunft aller Parteien, um den Lösungsfindungsprozess zu beschleunigen. In internationalen Verhandlungen ist es unter dem Aspekt der Legitimation sinnvoll, bilaterale Verhandlungen abwechselnd mit den einzelnen Parteien zu halten und durch Verträge die Zustimmung für eine Resolution zu akkreditieren. So kann durch das entstehende Vertrauen ein Interesse tiefgründiger analysiert und Lösungsvorschläge klarer definiert werden, ohne von externe Beurteilung beeinflusst zu werden. Am Beispiel der

Wiedervereinigung lässt sich der Erfolg der Methode durch die individuellen bilateralen Verträge Kohls mit den einzelnen Parteien aufzeigen.¹⁷² Gorbatschows Vertrauen erhielt Kohl zum Beispiel durch die Beantragung einer Soforthilfe der EG's für Russland in der EG Konferenz in Dublin 1990. Daneben konnte die Vermittlung von Kooperationsverträgen zwischen Russland, der NATO oder den G7-Wirtschaftsmächten das Vertrauensverhältnis positiv beeinflussen.¹⁷³ Die Verträge entstanden ohne die Anwesenheit Russlands. Auch die Kosten für den Abzug der russischen Truppen aus der DDR wurden von Deutschland übernommen und konnten dadurch das Interesse der Russen an der Wiedervereinigung von der langfristigen auf die kurzfristige Erwartungstendenz für eine Wiedervereinigung umwandeln.¹⁷⁴

Der letzte Punkt des Harvard-Konzeptes, in dem die Wahrung der Objektivität während der Lösungsfindung Kernaspekt ist, wurde nicht berücksichtigt, da dieses Kriterium zu spekulativ ist.¹⁷⁵ Denn nachdem der Konsens zur Wiedervereinigung formell vollzogen war und Kohl alle Interessen der außenpolitischen Parteien durch bilaterale Abkommen gesichert hatte, konzentrierte er sich auf die Ausarbeitung der innenpolitischen Interessen der DDR. Sein Ergebnis veröffentlichte Kohl in seiner Rede am 28. November 1989 mit seinem Zehn-Punkte-Plan. Das Zehn-Punkte-Programm ist das Ergebnis mediativer Arbeit und soll auf Grundlage der im Resolutionsfindungsprozess erarbeiteten Konzepte, eine umsetzbare Lösungstheorie publizieren. Der Plan stellt das Endergebnis mediativer Arbeit dar, auf die im nächsten Abschnitt mit Bezug auf die Planungsinhalte eingegangen wird.

4.3.3. Dr. Helmut Kohl und der Zehn-Punkte-Plan

In seinem Zehn-Punkte-Programm stellte Helmut Kohl seine Lösungsvorschläge für die grundlegenden Herausforderungen der Wiedervereinigung Deutschlands vor. Durch eine präzise Auswertung deckte Kohl qualitativ alle Interessen der Bevölkerung aus der DDR, Russland und den USA auf.¹⁷⁶ Der Plan benannte zentrale Punkte der innenpolitischen Reform in der DDR, die wirtschaftliche Situation und die internationalen Aspekte für eine positive Zukunftsgestaltung.¹⁷⁷ Die realitätsbezogenen und hochwertigen Inhalte zeigten der gesamtdeutschen Bevölkerung die praktische Umsetzbarkeit der Wiedervereinigung auf und motivierten das Volk, den Konsolidierungsprozess durch aktive Teilnahme zu

¹⁷² Vgl. Aretz (2010), S. 46-56ff.

¹⁷³ Vgl. Aretz (2010), 54-55ff.

¹⁷⁴ Vgl. Aretz (2010), S. 55-56ff.

¹⁷⁵ Vgl. Fisher, Ury & Patton (2010).

¹⁷⁶ Vgl. Kohl (1989).

¹⁷⁷ Vgl. Aretz, (2010) S. 47ff.

beschleunigen. Dank der präventiven Interessenwahrung aller Parteien, stieß er bei der mobilisierten Bevölkerung auf keinen Widerstand. Kohls Grundregeln für die Lösungsvorstellung setzten sich aus dem Verzicht auf einen festgelegten Zeitrahmen,¹⁷⁸ den Konsens aller Parteien und der Beteiligung der Bevölkerung am Lösungsumsetzungsprozess durch Aufklärung zusammen.

In diesem Zusammenhang stellte der Zehn-Punkte-Plan das Ergebnis meditativer und diplomatischer Arbeit dar. Die Inhalte des Lösungskataloges sind den Interessen aller Konfliktbeteiligten anzugleichen. Die Präsentation des Planes kann, wie auch im Fall Kohls, unangekündigt geschehen, um sich der negativen Kritik zu entziehen.¹⁷⁹ Dennoch sollte ein solcher Plan keine provokativen Inhalte beinhalten und muss von allen Positionen vertretbar sein.

4.3.4. Analogien zwischen Deutschland damals und Korea heute

Um die Übertragbarkeit der erarbeiteten Theorien zu gewährleisten, werden im nachstehenden Absatz Ähnlichkeiten zwischen der ehemaligen deutschen Teilung und der aktuellen koreanischen Teilung aufgezeigt. Die deutsche Teilungsgeschichte und ihre Ursprünge zeigen viele Parallelen zur geteilten Situation auf der koreanischen Halbinsel. Ungeachtet dessen darf nicht vernachlässigt werden, dass die geopolitische Entwicklung und die heutigen Gegebenheiten Koreas von den Konditionen in Deutschland 1988-1990 zunehmend divergieren.¹⁸⁰ Nichtsdestotrotz können die folgenden Analogien festgehalten werden. In beiden Ländern vollzog sich die Teilung aufgrund multilateraler militärischer Auseinandersetzungen¹⁸¹ zwischen den Besatzungsmächten, die durch die Systemkonkurrenz¹⁸² im Kalten Krieg zwischen der USA und der UDSSR gefestigt wurde.¹⁸³ Die USA gingen in Deutschland und in Korea von einer zeitnahen Wiedervereinigung aus¹⁸⁴ und befürworteten aus diesem Grund frühzeitig die Souveränität der beiden Besatzungszonen. Unterdessen machte sich „Generalissimus“ Stalin auf Basis des Mitspracherechts in der DDR und Nordkorea das Abkommen von Jalta 1945 zu Nutze und gründete in den beiden russisch besetzten Zonen Regierungen nach sowjetischem

¹⁷⁸ Vgl. Kohl (2010)

¹⁷⁹ Helmut Kohl präsentierte seinen Plan unangekündigt um die Positionen der Parteien nicht gegen den Zehn-Punkte-Plan zu richten. Vgl. Teltchik (2010) S. 40-41ff.

¹⁸⁰ Vgl. Yeo (2007), S. 33-37ff.

¹⁸¹ Vgl. Yeo (2007) S. 33-37ff.

¹⁸² Es handelte sich um die territoriale Ausweitungspolitik des sozialistischen Kommunismus durch die UDSSR und der kapitalistischen Demokratie der Westmächte, die sich an den Grenzen gegenüber standen.

¹⁸³ Vgl. Yeo (2007), S. 33-37ff.

¹⁸⁴ Vgl. Absichtserklärung in der Potsdamer Konferenz August 1945 und Moskauer Ministerkonferenz Dezember 1945.

Vorbild.¹⁸⁵ Nach dem Erhalt der Souveränität Südkoreas und der BRD betrachteten beide ethnisch homogenen¹⁸⁶ Länder die geographische und politische Spaltung ihrer Völker als eine nationale Herausforderung. Aus diesem Grund, wurde die Permanenz der „Deutschen Frage“¹⁸⁷ und der „Korea Frage“¹⁸⁸ in den jeweiligen Verfassungen für die Zukunft gesichert.

Auf Basis dieser Analogien wird in diversen Ausarbeitungen seit den 90er Jahren Bezug auf die deutschen Erfahrungen genommen, um einen Lösungsweg im Koreakonflikt zu ermitteln. Typischerweise wird zum Beispiel die Aufnahme der beiden koreanischen Länder in die Vereinten Nationen angeregt, um einen Lösungsweg „deutschen Typs“ durch einen reziproken Anerkennungsprozess zu fördern. Nordkorea nutzt die deutschen Erkenntnisse seinerseits, um diesen Prozessen entgegen zu wirken und gleichzeitig Vorteile, in Form von Hilfsgütern oder diplomatischen Kontakten, zu beziehen. Nordkoreas Tendenz für eine Wiedervereinigung orientiert sich vielmehr nach dem „vietnamesischen Typus“,¹⁸⁹ der wiederum von Südkorea folgerechtlich abgewiesen wird.¹⁹⁰

Auf Grund der Tatsache, dass der Ursprung des Konfliktes eindeutige Parallelen zu Deutschland (bis 1989) zeigt, eignet sich die deutsche Teilungsgeschichte für die Modelldefinition eines Schlichtungsprozesses. Auch der Weg bis zur Wiedervereinigung und der Zehn-Punkte-Plan werden als Attribute im meditativen Modell berücksichtigt. Besondere Signifikanz wird der Berücksichtigung der Reihenfolge des neu konzipierten Verfahrens zugesprochen. Demnach darf der Zehn-Punkte-Plan zum Beispiel erst am Ende des Konfliktlösungsverfahrens einbezogen werden, da ansonsten durch mögliche Fehlkonzeptionen oder Ungenauigkeiten das gesamte Schlichtungsverfahren aus dem Gleichgewicht gerät. Zudem muss die Grundproblematik definiert und mögliche Störfaktoren ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend es ist wichtig zu erwähnen, dass die deutsche Teilungsgeschichte für die Entwicklung von Lösungsmodellen verwendet wird und nicht Prozesse aus der Wiedervereinigung eine solche Entwicklung beeinflussen. Wird schließlich Korea der deutschen Geschichte gegenübergestellt, befindet sich Korea aktuell in einem Zeitpunkt,

¹⁸⁵ Siehe Absichtserklärung in der Potsdamer Konferenz vom August 1945 und Moskauer Ministerkonferenz Dezember 1945.

¹⁸⁶ Vgl. Grabowsky (1987), S. 2-4ff.

¹⁸⁷ Vgl. Mayer & Haarmann (2010), S. 47-57ff.

¹⁸⁸ Vgl. Kwon (1996), S. 37-46ff.

¹⁸⁹ Der vietnamesische Typus ist eine durch einen Bürgerkrieg forcierte Wiedervereinigung nach nationalistischem Prinzip. Vgl. Kim (1989), S. 55-56ff.

¹⁹⁰ Vgl. Kim (1989), S. 55-66ff.

der vergleichbar mit der deutschen Situation in den 70er Jahren ist.¹⁹¹ Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Kapitel die Kernpunkte der Koreafrage im Zusammenhang mit den neuen Schlichtungsmodellen zusammengeführt.

5. Anwendung des neuen Mediationsmodells auf Korea

Die Koreakrise hat durch ihre Eigendynamik einen Punkt erreicht, an dem die Komplexität der Einflussparameter die eigentlichen Ursprungsproblematiken der Krise überdeckt. Der Prozess bis zur Wiedervereinigung ist sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch sehr vielfältig und kompliziert.¹⁹² In Folge dessen wird in diesem Kapitel der Konflikt auf seine wesentlichen Kernpunkte reduziert, um das oben erarbeitete Mediationsmodell auf den Fall Korea umwälzen zu können, sodass daraus letztlich Empfehlungen für einen möglichen Schlichtungsversuch mit Hilfe eines geeigneten Mediators abgeleitet werden können.

5.1. Kernpunkte der Koreafrage

Folglich muss die Situation in Korea zunächst – so haben es auch die deutschen Erfahrungen gezeigt – in zwei chronologische Phasen untergliedert werden. Die erste Phase, in der sich Korea zurzeit befindet, ist die Konfliktphase. Bevor es zu einer Wiedervereinigung kommen kann, müssen die bestehenden nationalen und internationalen Konflikte gelöst werden. Erst dann kann die zweite Phase der Wiedervereinigung eingeleitet werden. Daraus ergibt sich das im Folgenden dargestellte angepasste Schlichtungsmodell „KOREA83“. Es verdeutlicht den aus der deutschen Teilungsgeschichte und im Zusammenhang mit den Theorien der Mediation gefundenem Schlichtungsweg für Korea und wird als Schaubild in Abbildung 5 illustriert.

¹⁹¹ Siehe hierzu Kapitel 2.1.

¹⁹² Vgl. Naumann (2010), S. 100-140ff.

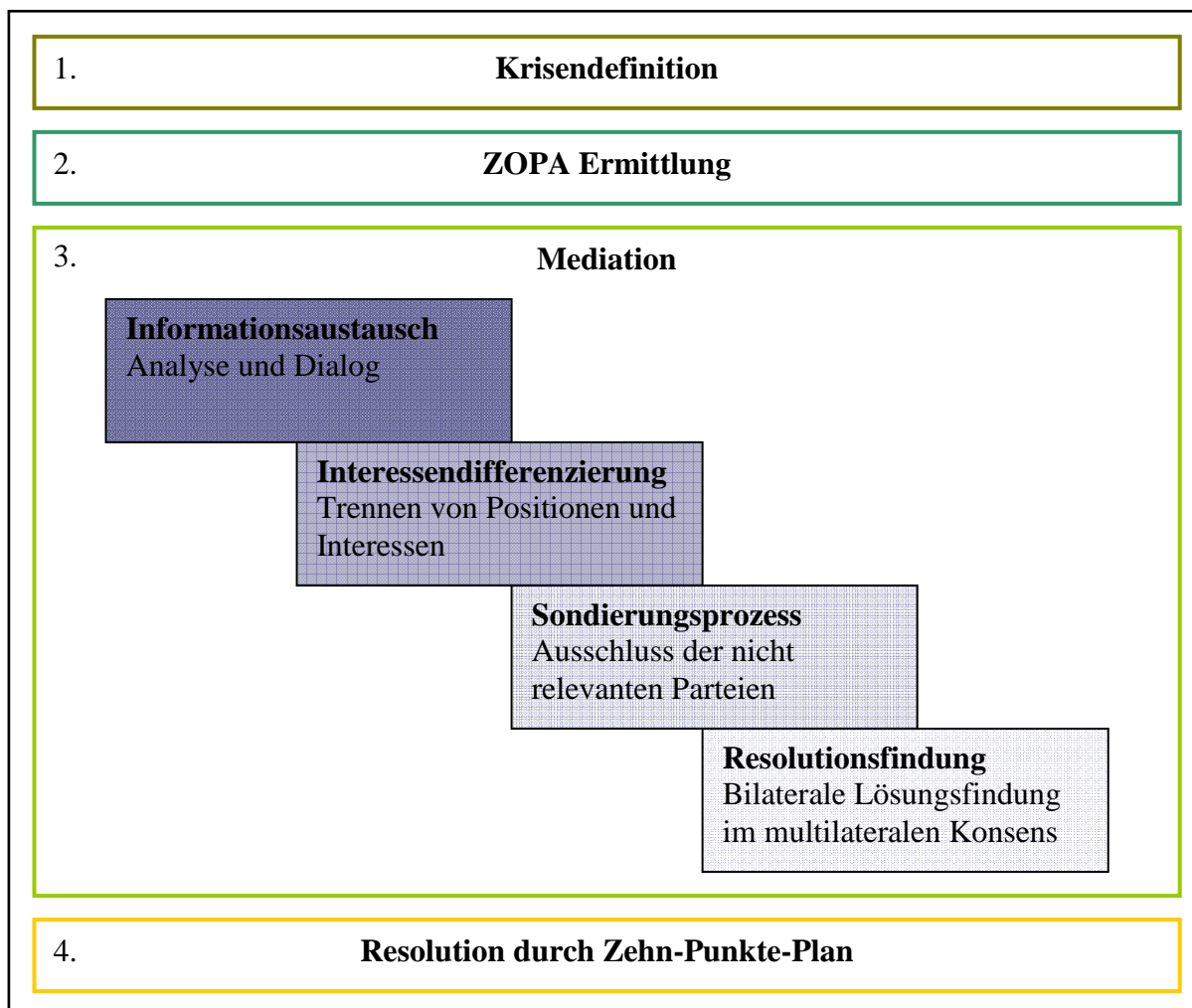


Abbildung 5: Mediationsmodell für Korea „KOREA83“
Eigene Darstellung

Folglich können durch die Ermittlung der Krisenbestandteile und der Einflussfaktoren die Koreakrise definiert werden. Die gefunden Interessen dienen anschließend zur Findung der ZOPA. Erst durch die Verbesserung dieses Wertes in einen positiven Wert, kann eine Verhandlung in Erwägung gezogen werden. Ist der ZOPA- Wert positiv, kann schließlich das modifizierte Harvard-Konzept seine Anwendung finden. Im Anschluss wird im Mediationsprozess der Resolutionsplan veröffentlicht, mit dem die Mediation seinen Abschluss findet. Der Erfolg hängt letztlich von der diplomatischen Umsetzung des mediativen Abschnittes ab. Vor diesem Hintergrund werden im nachstehenden Absatz die Krisenkernpunkte herausgearbeitet. Hier wird vertieft auf Schritt eins und zwei des erwähnten Schlichtungsmodells eingegangen.¹⁹³ Aus der in Kapitel 2 beschrieben

¹⁹³ Alle weiteren Schritte sind im aktuellen Stadium der Krise nicht anwendbar.

Krisenherkunft und den in Kapitel 2.2 aufgezeigten aktuellen Erkenntnissen, werden die Kernprobleme in der „Koreafrage“ ersichtlich.

Zusammenfassend wird daher festgehalten, dass Nordkorea momentan in einer Identitätskrise zwischen den USA und China steht. China unterstützt eine Wiedervereinigung Koreas, stellt jedoch die Forderung der Deamerikanisierung an Südkorea. Für den Norden steht demnach die Stabilität im Nachbarland im Vordergrund. Das ist darauf zurückzuführen, dass eine mögliche Instabilität in Korea als Gefahr für die eigene Nation ins Zentrum der Betrachtung rückt und sich China auch weiterhin für eine friedliche Resolution einsetzt. Amerikas Interesse besteht in der strategischen Position, der Rüstungseinnahmen und dem Interesse den chinesischen Einfluss auf die Region einzuschränken.¹⁹⁴ Daneben verursachten die Implementierung zahlreicher grenznaher Manöver mit der südkoreanischen Armee wiederholt Konflikte zwischen Nord- und Südkorea. Es wird konstatiert, dass seitens Nordkoreas das Interesse an einer Wiedervereinigung offiziell groß ist, jedoch divergieren hier die Vorstellungen eines vereinten Koreas von den demokratischen Normen. Zudem will das nordkoreanische Regime sein politisches Fortbestehen sichern. Südkorea weicht zwar zunehmend, aus Gründen möglicher finanzieller Folgen für das eigene Land, von einer zeitnahen Wiedervereinigung ab, steht einer zukünftigen Wiedervereinigung dennoch nicht entgegen. An dieser Stelle könnten die deutschen Erfahrungen in Bezug auf die finanziellen Unsicherheiten einer Wiedervereinigung Südkorea beim Interessenerhalt unterstützen. Geringeren Stellenwert werden hingegen Russland und Japan zugesprochen. Folglich wird Japan als skeptisch und kontraproduktiv bezeichnet; Russland als beratend und diplomatisch.¹⁹⁵ Auf Basis diese Kernaspekte wird für eine mögliche Verhandlung die in der folgenden Abbildung 6 dargestellte Konstellation empfohlen.

¹⁹⁴ Vgl. Bechtol (2010), S.145-192ff.

¹⁹⁵ Vgl. Glaubitz (1997), S. 54-64ff.

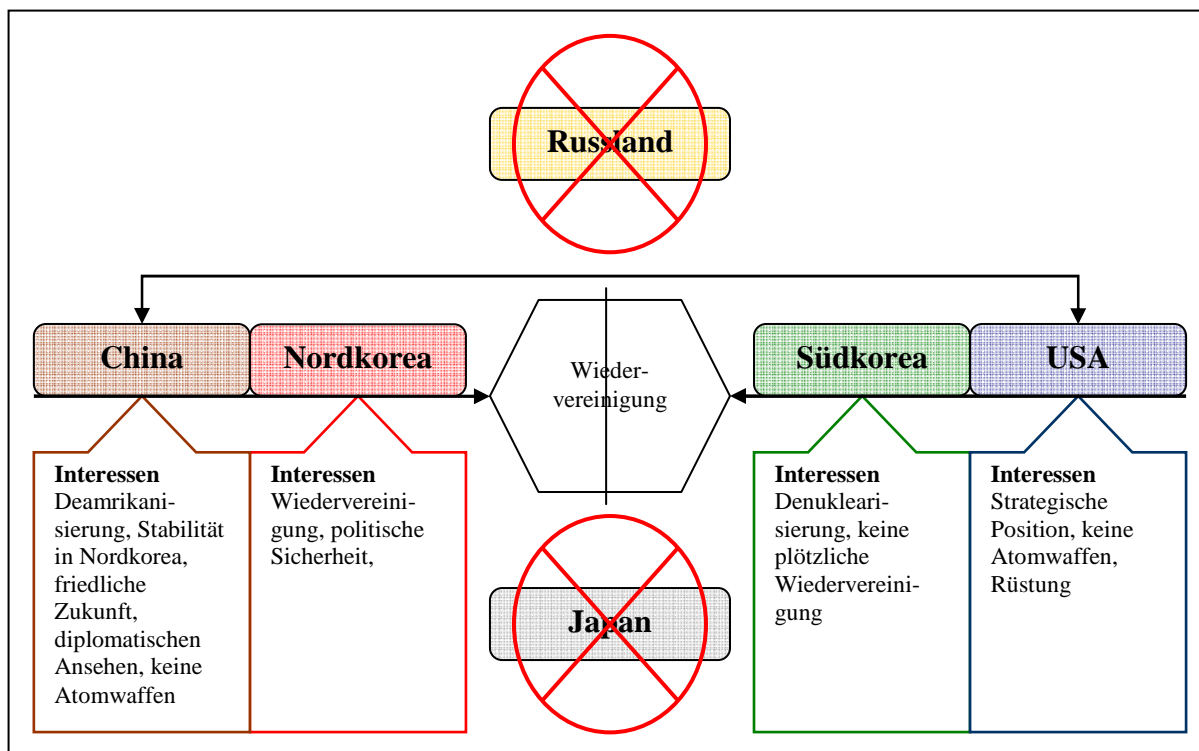


Abbildung 6: Zusammenstellung der Koreafrage
Eigene Darstellung

Die Abbildung zeigt China und Nordkorea als „creating value“ Partei, da sie eine Position für eine Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche vertreten. Südkorea und die USA stellen die „claiming value“ Partei dar, deren Hauptinteressen darin liegen, Nordkorea zu denuklearisieren und zu demokratisieren. Japan wird auf Grund der genannten negativen geschichtlichen Verflechtungen für den Friedensfindungsprozess als kontraproduktiv gewertet und deswegen aus dem Prozess ausgeschlossen. Erst in der zweiten Phase, die der Wiedervereinigung, ist das Mitspracherecht Japans erstrebenswert, um dadurch mögliche Konflikte in der Zukunft zu vermeiden. Auch Russland ist trotz seiner diplomatischen Bemühungen für die Schlichtung des Konfliktes entbehrlich.¹⁹⁶

In Hinblick auf die gefundenen Interessenwerte der beteiligten Länder, werden diese in das Modell zur Ermittlung der Verhandlungsbereitschaft eingesetzt, auf das im folgenden Abschnitt eingegangen wird.

¹⁹⁶ Zu den genannten Kernpunkten muss auch ein gewisser Grad an Unberechenbarkeit berücksichtigt werden. Dieser kann zum Beispiel auf Grundlage von Provokation der Spannungen durch einen Dritten entstehen, einer Naturkatastrophe, die das Land zu einer plötzlichen Veränderung zwingt, oder durch gezielte Desinformationen, die das erarbeitete Vertrauen gefährden.

5.2. Ermittlung der Verhandlungsbereitschaft in der Koreafrage

Zunächst können die beteiligten Länder unter den genannten Faktorbestimmungsprinzipien analysiert werden. Dabei ergibt sich, dass Nordkorea, Südkorea, China und Russland für eine Wiedervereinigung in der Zukunft plädieren. Die USA und Japan sind überdies gegen eine Wiedervereinigung. Für eine sofortige Konsolidierung stimmen lediglich Nordkorea und Russland, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich wird.

Status Quo Koreakrise 2011					
	Langfristig		Kurzfristig		Ergebniss
	Wiedervereinigung (+1)	Teilung (-1)	Wiedervereinigung (+1)	Teilung (-1)	
Nordkorea	x		X		2
Südkorea	x			x	0
China	x			x	0
USA		X		x	-2
Russland	x		X		2
Japan		X		x	-2
					Σ 0

Tabelle 2: ZOPA für den Koreakonflikt 2011

Eigene Darstellung, Angaben ohne Gewähr

Durch das Modell lässt sich ein neutraler ZOPA- Wert (0) ermitteln. Er bestätigt, dass sich die Krise in einem Zeitpunkt der Ungewissheit befindet, die sowohl ins negative als auch ins positive geführt werden kann. Bevor letzten Endes das überarbeitete Harvard-Konzept angewandt werden kann, müssen zunächst bilaterale Verhandlungen zwischen den Ländern stattfinden, um durch den Informationsaustausch die diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern zu verbessern, sodass der notwendige positive ZOPA- Wert erreicht werden kann.

Letzten Endes ist es für die erfolgreiche Durchführung bilateraler Verhandlungen essenziell, einen geeigneten Mediator zu bestimmen. Ein möglicher Lösungsansatz wird hierzu im nächsten Abschnitt vorgestellt.

5.3. Ein geeigneter Mediator für Korea

Wie bereits in Kapitel 3.1 erläutert, bestehen die wichtigsten Eigenschaften eines Mediators darin, die allgemeine Akzeptanz der beteiligten Länder auf Basis seines fundierten Wissen über die Hintergründe des Konflikts zu erreichen. Demnach ist Deutschland durch seine Erfahrungen und die diplomatische Präsenz insbesondere im Raum Korea prädestiniert, einen Mediator zu stellen. Alle in der Koreakrise involvierten Länder würden einen deutschen Mediator für die Schlichtung akzeptieren. Ob ein privater

oder offizieller Mediator eingesetzt werden soll, ist in diesem Fall nicht von Bedeutung. Vielmehr liegt die Wichtigkeit darin begründet, dass der Mediator die Motivation, das Talent, den Mut und die Diskretion besitzt, um den Respekt und das Vertrauen aller Parteien zu gewinnen und zu halten.¹⁹⁷ Erst durch die Benennung eines Mediators und der Zustimmung aller Länder kann der weitere Schlichtungsprozess eingeleitet werden. Darüber hinaus kann im Fall Koreas die Mediation auch durch eine Gruppe empfohlen werden. Dies hat den Vorteil, dass das Expertenportfolio erweitert werden würde. Ein möglicher Nachteil könnte hingegen in einer negativen Entscheidungsbeeinflussung oder der Mangel einer Homogenität in der Interessenvertretung liegen. Demnach wird zusammenfassend ein deutscher Mediator, sei es in Form des privaten, offiziellen oder des Gruppenmediators, vorgeschlagen.

5.4. Zusammenfassung der Ergebnisse

Das anschließende Kapitel fasst die bisherigen Ergebnisse in Hinblick auf die zu Beginn der Arbeit gestellte Forschungsfrage kurz zusammen. Im Mittelpunkt stehen die Empfehlungen für die Schlichtung des Koreakonflikts, die aus der Analyse und Anwendung des neuen Mediationsmodells abgeleitet werden konnten. Es sind zunächst Analogien zwischen der deutschen und der koreanischen Krise untersucht worden. Insgesamt hat die Analyse gezeigt, dass momentan eine Koexistenz der verfeindeten Nachbarländer Nord- und Südkorea anzustreben ist. Sich auf eine Wiedervereinigung zu konzentrieren, wäre aktuell nicht möglich. Die Ursache liegt darin begründet, dass sich die anhaltende Krise auf der Halbinsel mit einer Zusammenführung der beiden Länder nicht durchführen lässt.¹⁹⁸ Nur nach einer erfolgreichen Schlichtung des Konfliktes, kann der Konsolidierungsprozess erarbeitet werden. Auf Basis des theoretischen Grundgerüsts der allgemeinen Mediationstheorie wird argumentiert, dass in erster Linie der Informationsaustausch in Form von bilateralen Gesprächen wieder aufgenommen werden muss. Durch den Austausch können die Interessen der jeweiligen Länder festgestellt und die Verhandlungsbereitschaft dargestellt werden. An dieser Stelle wird ein deutscher Mediator empfohlen, da dieser unparteiisch ist und aufgrund der Erfahrungsbasis der deutsch-koreanischen Zusammenarbeit seit den 50er Jahren die notwendigen Anforderungen mitbringt.

¹⁹⁷ Hier wird insbesondere auf den Mediator Dr. Helmut Kohl verwiesen.

¹⁹⁸ Vgl. Kim (1989), S. 56-57ff.

Die Anwendung des Modells hat gezeigt, dass darauf aufbauend die Interessen dem Lösungsfindungsprozess dienen. Demnach werden für die primären Schlichtungsverhandlungen Japan und Russland ausgeschlossen, um die anfänglichen Friedensverhandlungen zu erleichtern. Die wichtigsten Teilnehmer im Konflikt sind neben Süd- und Nordkorea die USA und China, da beide Länder die einflussreichsten Regionalmächte sind. Es wird betont, dass bilaterale Gespräche zwischen den genannten Wirtschaftsmächten ausschlaggebend für eine Lösungsfindung sind. Zusätzlich besteht die Notwendigkeit, den Willen zur Wiedervereinigung insbesondere in Südkorea zu erhalten. Die Angst vor einer Absorption aufgrund der Kosten einer Wiedervereinigung hat in jüngster Vergangenheit die Konsolidierungsbereitschaft in Südkorea verringert.¹⁹⁹ Darüber hinaus besteht Einigkeit darüber, dass es den Ausbruch einer militärischen Auseinandersetzung mit unvorhersehbaren Folgen für das Land und die Bevölkerung Koreas zu verhindern gilt.

Eine Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea ist somit nicht nur die Grundvoraussetzung für die Relativierung der bestehenden Spannungen und Ängste, sondern notwendig, um das Leiden der nordkoreanischen Bevölkerung zu minimieren. Daher müssen beide koreanischen Staaten die Bereitschaft aufbringen, die jeweils andere Seite als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren und zugunsten der Unabhängigkeit und Einheit der koreanischen Nation von Maximalforderungen abzurücken.²⁰⁰ Folglich ist es durchaus förderlich, den politischen Fokus auf das Protegieren einer friedlichen Koexistenz zu richten und als Grundlage für eine mögliche Wiedervereinigung zu sehen.²⁰¹

Vor dem Hintergrund der gefundenen Kernelemente der Krise, konnten tiefere Einblicke in den Konflikt ermöglicht werden. Daraus wurde deutlich, in welcher Periode sich die „Korea- Frage“ im Vergleich zur deutschen Geschichte 1950-1989 befindet. Mit der genaueren zeitlichen Einordnung konnte darauf aufbauend die Theorie der Mediation bis zu einem Punkt erweitert werden, der im Status Quo der Koreakrise anwendbar ist. Bei der Beantwortung der wissenschaftlichen Forschungsfrage wurde gezeigt, dass die deutschen Erfahrungen der Teilung und Wiedervereinigung zwar der Lösungsfindung beisteuern können, jedoch nicht ausschließlich dazu beitragen sollten. Durch die nach dem Harvard-

¹⁹⁹ Vgl. Ministry of Unification (2007).

²⁰⁰ Vgl. Grabowsky (1987), S. 24-25ff.

²⁰¹ In diesem Zusammenhang ist Willy Brandts konstatiertes Beitrag aus den deutschen Erfahrungen im Jahr 1962 über die „Koexistenz - Zwang zum Wagnis -“ zu erwähnen, der die Basis für eine Konfliktlösung in der Emendation der Koexistenz sieht. Vgl. Kim (2007), S. 109-110ff.

Konzept vorgegebenen Prinzipien des gemeinsamen Interessenfindungsprozesses der vier Parteien und dem Weiterbestehen des Informationsaustauschs, kann eine Resolutionsmethode nach deutschem Vorbild sinngemäß konzipiert werden.²⁰²

Insgesamt wird darauf hingewiesen, dass als aktuell wichtigstes Ziel die Wahrung der humanitären Aspekte zu konstatieren ist. Aus diesem Grund sollten Lösungsansätze weiterhin den Erhalt der friedlichen Linie beinhalten. Darauf aufbauend ist es notwendig, die Interessen der an der Krise direkt und indirekt beteiligten Länder zu identifizieren, um im Konsens Lösungsmethoden zu generieren, die durch ihre Transparenz und Adaptivität zielführend die Verhandlungen weiterbringen, ohne neues Konfliktpotenzial zu evozieren.

6. Schlussbetrachtung

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit war die zunehmende Aufmerksamkeit am Spannungsfeld zwischen Nord- und Südkorea. Dies war nicht nur darauf zurückzuführen, dass das zuvor gemeinsame Korea seit Anfang des 19. Jahrhunderts durch die umliegenden Besatzungsmächte Russland, China und Japan entscheidend geprägt wurde. Ein aktueller militärischer Zwischenfall auf der Insel Yeonpyeong im November 2010 ließ ein Fortführen der über die Jahre hinweg andauernden Verhandlungen zwischen den sechs Ländern bis heute scheitern. Die Vorfälle zogen ein zunehmendes weltweites Interesse auf sich, da sich der über die Jahre hinweg aufbauende Konflikt durch die Vielzahl der beteiligten Parteien sowie deren opponierenden Absichten eine Eigendynamik entwickelt hatte, aus der es nahezu unmöglich erscheint, eine einvernehmliche Lösung zu finden.²⁰³

Vor diesem Hintergrund konnten bislang keine Resolutionsvorschläge entwickelt werden, sodass sich die folgende Forschungsfrage für die vorliegende Arbeit ergab:

Worin bestehen die Kernelemente der „Koreafrage“ und in wieweit kann der Praxisvergleich zur deutschen Vergangenheit in Verbindung mit Modellen der Mediationstheorie helfen, diese zu definieren?

Als theoretisches Grundgerüst, das zur Beantwortung dieser Forschungsfrage beitragen sollte, wurde die allgemeine Mediationstheorie herangezogen. Dieser Interpretationszugang fokussiert speziell die Rolle des Harvard-Konzepts, da es mit empirisch erprobten Modellen die Konflikte in seine Grundbestandteile untergliedert und

²⁰² Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 70-73ff.

²⁰³ Vgl. Yeo Min Il (2007), S. 14ff.

im Konsens aller Beteiligten löst.²⁰⁴ Hierdurch eröffnete sich die Möglichkeit, auf Basis der deutschen Erfahrungen der Teilung und Wiedervereinigung ein neues Mediationsmodell zu entwerfen. Das deutsche Fallbeispiel wurde herangezogen, weil zahlreiche Analogien zwischen Deutschland damals und Korea heute konstatiert werden konnten. Hier wurde eingehend Bezug auf die vollzogene deutsche Wiedervereinigung und den Zehn-Punkte-Plan von Dr. Helmut Kohl genommen, um das neue Modell zur anschließenden Anwendung auf den Koreakonflikt zu überprüfen. In diesem Zusammenhang konnte die Relevanz dieses Modells der Mediation auf den Koreafall thematisiert und umgewälzt werden.

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, einen Erklärungsbeitrag zur aktuellen Koreafrage vor dem Hintergrund des neuen Mediationsmodells zu leisten. Die wesentliche Herausforderung bestand in der Verbindung zwischen der theoretischen Ebene der Mediation und dem Fallbeispiel der deutschen Wiedervereinigung. Die gewonnenen Erkenntnisse haben gezeigt, dass Korea sich auf die Entwicklung einer besseren Koexistenz anstelle der Wiedervereinigung konzentrieren sollte. Darauf aufbauend wurde das neue Mediationsmodell nach deutschen Erfahrungen erstellt, um daraus Schlichtungsempfehlungen abzuleiten und das Land für eine anschließende Wiedervereinigung vorzubereiten. Aus dem Grund der aktuell anhaltenden Krise auf der koreanischen Halbinsel konnten demnach nur die ersten beiden Schritte des Modells angewandt werden. Von daher wäre eine Vereinigung der beiden Länder momentan noch nicht durchsetzbar.²⁰⁵ Nur nach einer erfolgreichen Schlichtung des Konfliktes, bspw. mit Hilfe eines neutralen deutschen Mediators, kann ein Konsolidierungsprozess erarbeitet werden. Es wird hervorgehoben, dass bilaterale Gespräche zwischen den genannten Wirtschaftsmächten ausschlaggebend für eine Lösungsfindung sind, um eine Relativierung der bestehenden Spannungen zu ermöglichen. Zur Beantwortung der wissenschaftlichen Forschungsfrage wurde gezeigt, dass die deutschen Erfahrungen der Teilung und Wiedervereinigung zwar zur Lösungsfindung beisteuern können, jedoch nicht ausschließlich der Lösungsfindung beitragen sollten. Durch die nach dem Harvard-Konzept vorgegebenen Prinzipien des gemeinsamen Interessenfindungsprozesses der vier Parteien und dem Weiterbestehen des Informationsaustauschs, kann eine Resolutionsmethode nach deutschem Vorbild sinngemäß konzipiert werden.²⁰⁶

²⁰⁴ Vgl. Walz (1959), in: Kleiboer (1998), S. 29-78ff.

²⁰⁵ Vgl. Kim (1989), S. 56-57ff.

²⁰⁶ Vgl. Fisher, Ury & Patton (1997), S. 70-73ff.

Abschließend besteht die Hauptaufgabe darin, die Grundsätze für eine friedliche Wiedervereinigung zu erhalten und die Lösungsansätze für eine Konsolidierung stets der Dynamik der sich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Parametern und Anomalien anzupassen. Die Vermittlung deutscher Erfahrungen ist in der aktuellen Situation in erster Linie dem Erhalt der friedlichen Koexistenz zu sehen, da der Frieden die Grundlage für den Gedanken einer Wiedervereinigung bildet.

7. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Modell der ZOPA.....	25
Abbildung 2: Das Harvard-Konzept.....	28
Abbildung 3: ZOPA der Deutschen Wiedervereinigung (1985-1990).....	36
Abbildung 4: Verhandlungsmodell Deutsche Wiedervereinigung.....	38
Abbildung 5: Mediationsmodell für Korea „KOREA83“	43
Abbildung 6: Zusammenstellung der Koreafrage	45

8. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Quantitative Analyse der Deutschen Teilung und Wiedervereinigung.....	35
Tabelle 2: ZOPA für den Koreakonflikt 2011.....	46

9. Literaturverzeichnis

- Aretz Jürgen (2010). Der Weg zur Einheit – Die Verhandlungen der Jahres 1990. (Hrsg). Hans-Seidel-Stiftung. (2010). 20 Jahre Deutsche Einheit. Politische Studien. München.
- Bahr, Egon (21.Dezember.1971). Vertrag über die Grundlage der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Der Grundlagenvertrag. URL: <http://www.ena.lu/>.
- Bechtol, Bruce, E. (2010). Definat Failed State. The North Korean Threat to International Security. Potomac Books, Inc. Washington, D.C.
- Blumenwitz, Dieter (1985). Bayerns Beiträge zur Deutschland Politik, in Franz Josef Strauß. Erkenntnisse – Standpunkte – Ausblicke. hrsg. von Karl Carstners, Alfons Goppel, Henry Kissinger u.a., München.
- Bosbach, F; Kampmann, C. (1998). Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Frieden. Studien und Quellen. Paderborn. München. Wien; Zürich.
- Brock Haus (1946-47). Außenministerkonferenzen. deutsche Geschichte. Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG (2005-2011).
- Brock Haus, online Ensyklopedie (2010). Deutsche Geschichte 1945 – 1990.
- Byun-Brenk; Won-Lim (2005). Der Präventivkrieg Amerikas in Korea 1950. Edition Paperkorn. Thunum / Ostfriesland. Deutschland.
- Fisher, Roger; Ury, William; Patton, Bruce (1997). Das Harvardkonzept. Sachgerecht verhandeln – erfolgreich verhandeln. Übersetzung: Reith, Werner. Campus Verlag. Frankfurt/New York.
- Fuchs, H. (1999). Umweltmediation. Heft herausgegeben vom Förderverein Umweltmediation e.V.: Zur Implementierung der Umweltmediation in Deutschland.

-
- Gashi Ingrid Steiner, Gashi Dardan (2010). Im Dienste des Diktators. Leben und Flucht eines nordkoreanischen Agenten. Verlag Carl Ueberreuter. Wien.
- Gay, Peter (Oktober, 2004). Südkorea: Herausforderungen für das 21. Jahrhundert, in: Friedrich Ebert Stiftung Analyse: Korea.
- Genscher Hans-Dieter (1987). Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1974-1985. Bonn 1985.
- Glaubitz Joachim (10/1997). Entwicklungen und Entwicklungsperspektiven auf der koreanischen Halbinsel. KAS/Auslandsinformationen. S. 54-64ff.
- Grabowsky, Volker (März 1987). Die Wiedervereinigungspolitik der DDR und Nordkoreas: Ein Vergleich. Korea Forschungsgemeinschaft e.V. West Germany. KOFO Nr. 012.
- Gress, David R. (1988). Die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1945 bis 1987. (Hrsg.) Scharping, Thomas; Weggel, Oskar; Louven, Erhard; Will, Gerhard (1. Januar 1988). Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn.
- Kohl, Helmut (2009). Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Droemer Knauer. München.
- Hopt, K. (2010), Mediation in Deutschland, Europa und der Welt, in: Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht. -74 (Deutschland). S. 723 – 881.
- Jacobsen Hans-Adolf (1988). Deutsch-sowjetische Beziehungen: Kontinuität und Wandel 1945 - 1987 S. B3/28 – B3/35ff. (Hrsg.) Scharping Thomas; Weggel Oskar; Louven Erhard; Will Gerhard (1. Januar 1988). Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B1/88. R8007. 38. Jahrgang.
- Joo Seung-ho; Kwak Tea-hwan (2007) North Korea's Second Nuclear Crisis and Northeast Asian Security, Ashgate Publishing Company. England & USA.

-
- Kang, Thomas; Köller, Patrick (Hrsg.) (2005). Südkorea und Nordkorea, Einführung in die Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Kim Geonwoo (2007). Um die koreanische Wiedervereinigung – Die Sonnenscheinpolitik Kim Dae Jungs im Vergleich mit der Ostpolitik Willy Brands. Inaugural-Dissertation zur Erlangen der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät Freiburg. i. Br.
- Kim Hakjoon (1989) Probleme einer Wiedervereinigung Koreas. Ein Vergleich mit Deutschland, China und Vietnam. Beiträge zur Konflikt Forschung. 2. Ausgabe (1989). Köln.
- Kim Kwan-deok (Winten 2010). An Emergency Situation on the Korean Peninsula and the Third Way. Political Edition, Korea Focus. Anachronistic North Korea and the Future of the Korean Peninsula. Vol.18, No.4.
- Kim, Samuel & Lee, Tai Hwan (2002). North Korean and Northeast Asia, Lanham.
- Kirchhoff, L. (3. April 2008). Mediative Methoden in der internationalen Friedenförderung. Symposium. Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).
- Kirchhoff, L. (3. April 2008). Victorian Law Reform Commission (VLRC), Civil Justice Review Report 14 (Melbourne 2008) 10. Mediative Methoden in der internationalen Friedenförderung. Symposium. Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).
- Kleiboer, M. (1998). The Multiple Realities of International Mediation. Lynne Rienner Publishers. Inc. London. S. 39 - 78.
- Kohl Helmut (1989). Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 134, 29.11.1989.
- Kohl, Helmut (2009). Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Droemer Knauer. München.

-
- Kohl, Helmut (2010). Mauerfall und Wiedervereinigung – Gestaltung und Geschenk* (Hrsg.) Hans-Seidel Stiftung. (2010) 20 Jahre Deutsche Einheit. Politische Studien. München.
- Korte, Karl-Rudolf; Weidenfeld Werner (1989). Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Campus Verlag, 4. Auflage.
- Koschyk, Hartmut (Hg.) (2005). Deutschland Korea geteilt vereint: Olzog GmbH.
- Lanz, David; Wählisch, Martin; Kirchhoff, Lars; Siegfried, Matthias (November 2008). Evaluating Peace Mediation. IFP Mediation Cluster. Paper. The Initiative is Fundamental by The European Union.
- Mayer Tilmann & Haarmann Lutz (2010). Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990. (Hrsg.) Hans-Seidel-Stiftung. (2010). 20 Jahre Deutsche Einheit. Politische Studien. München.
- Mircovic Todor (1989). Verringerung der Streitkräfte und Rüstung der Sowjetarmee. Ziel, Bedeutung, mögliche Implikationen. Heft 936. Internationale Politik. R7176. S. 26-32ff.
- Mommsen (14. May 2010) Südkorea – Fortschreibung – Frebette Cheon An durch Torpedotreffer versenkt. URL: [www. GlobalDefence.net](http://www.GlobalDefence.net).
- Moon Chung, (1998), S. 180ff. (Hrsg.) Understanding Regime Dynamics in North Korea, Seoul 1998.
- Morgenthau (1952). in: Kleiboer, M. (1998). The Multiple Realities of International Mediation. Lynne Rienner Publishers, Inc. London, S. 39 – 78.
- Nato, Dick K.; Chanlett-Avery (22. Januar 2010). North Korea: Economic Leverage and Policy Analysis. Congressional Research Service. 7-5700. R132493.
- Nato, Dick K.; Chanlett-Avery; Dumbough Kerry (22. Januar 2010). China-North Korea Relations. Congressional Research Service. 7-5700. R41043.

-
- Naumann Kolja (2010). Reunification in a Constitutional State. (Hrsg.) Park Myungkyu, Seliger Bernhard, Park Sung-Jo (2010). Europe – North Korea. Between Humanitarianism and Business. München.
- Politische Studien. Themenheft 1/2010. 20 Jahre Deutsche Einheit. Hans-Seidel-Stiftung, München.
- Pritchard, Charles; Tilelli Jr., John H.; Snyder, Scott A. (2010) U.S. Policy Toward the Korean Peninsula. Independent Task Force Report No.4. Council on Foreign Relations.
- Raiffa, H. (1982). The Art and Science of Negotiation, Cambridge.
- Rat der Europäischen Union (2010). Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der GASP. Europäische Union. 2010. Belgien.
- Ritschel Markus A. M. (2009). Wiedervereinigung unter Kohl. Der Einfluss von Persönlichkeit im Einigungsprozess. Studienarbeit. Grin Verlag. Norderstedt. ff. 3-14.
- Text des „Abkommen der drei Großmächte über die Frage des Fernen Osten“, in Teheran-Jalta-Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „großen Drei“, hrsg. und eingeleitet von Alexander Fischer, Köln (keine richtige Quelle)1968, S. 196ff.
- Schmidts (1988). Aufsatzreihe in: Die Zeit vom 28. November 1986 und 15., 22. und 29. Mai 1987. in Gress, David R. (1988) Die deutsch- amerikanischen Beziehungen von 1945 bis 1987. Aus Politik und Zeitgeschichte. R 8007. S. B3, 25-27.
- Schnepfen Anne (2007) Schöne arbeit Die Sonderwirtschaftszone Kaesong. Hrsg. Moeskes Christoph (2009). Nordkorea Einblicke in ein rätselhaftes Land.
- Schrafstetter, S. (1999). Die dritte Atommacht, Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst von Statussicherung und Deutschlandpolitik 1952-1968, Oldenbourg.

-
- Sin Hans-Werner (2000). Zehn Jahre Wiedervereinigung – Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder. Ifo Schnelldienst. 53. Jahrgang.
- Strack, R. (April 2004). Mediation und Rechtberatung, in: Zeitschrift für Konfliktmanagement. S. 180-190.
- Strupp, Karl (29. August 1910): Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts. Texte der Verträge vom 5. September und 19. November 1905 Bd. II, Gotha 1911, S. 139-144ff, 151-154ff.
- Sung Hee/Moon, Chung In/Roh, Jeing Ho 2002 [Hrsg.]: Constitutional Handbook on Korean Unification, BandII, Political and Social Issues & Band IV, Economic Issues, Seoul.
- Tenbergen, Rasmus (Mai, 2001). Prinzipienorientiertes Verhandeln und das Verhandlungsdilemma – ist das „Harvard-Konzept“ zu weich? Thesenpapier. Interdisciplinary Seminar on Negotiation, Harvard University.
- The White House. Office of the Vice President (18. Februar 2010). Remarks of Vice President Biden at the National Defense University – As Prepared for Delivery URL: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-vice-president-biden-national-defense-university>.
- Walz, 1959, in: Kleiboer; M. (1998) The Multiple Realities of International Mediation. Lynne Rienner Publishers. Inc. London, S. 39 – 78.
- Weigel, Theo (2010). Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990.
- Weizsäcker Richard von (27. Oktober 1987). Ansprache im Aspen Institut in Berlin. In: Bulletin vom 29. Oktober 1987. (Hrsg.) vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung .

-Westall Sylvia (29. Dezember, 2010). South Korea's president has urged negotiations to tackle the peninsula's nuclear crisis but analysts say chances of international talks are slim because of deep divisions and a lack of pressure on the emboldened North. Reuters. Url: <http://www.reuters.com/article/2010/12/29/us-korea-north-idUSTOE6BG05Y20101229>.

-Winkler, August (25. März 2004). Aus der Geschichte lernen? Zum Verhältnis von Historie und Politik in Deutschland nach 1945. Zeit Online/Politik, URL: <http://pdf.zeit.de/2004/14/winkler.pdf>.

-Yeo Il Min, (2007). Die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Koreas. Zur Absorption der Demokratischen Volksrepublik Korea. Forum Jung Politikwissenschaft. Band 8. Bouvier (Hrsg.) Langguth Gerd & Mayer Tilman. Bonn

-Yeo Min Il (2007), Is Peaceful Unification Possible?, in: Korean journal of Defence Analysis, Band 9, Nr 1, S. 51-78, S. 54, S. 47-49ff.